

## Der starke Staat schützt die Bürger

„Wir werden Kriminalität und Gewaltbereitschaft entschlossen entgegentreten. Die Bürger sollen sich überall in Deutschland sicher fühlen können.“

Mit diesen Worten beginnt Teil I der gemeinsamen „Wahlplattform“ von CDU und CSU, den auf einer Pressekonferenz am 28. Juli der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister Theo Waigel, CDU-Generalsekretär Peter Hintze, CSU-Generalsekretär Bernd Protzner, Ministerpräsident Edmund Stoiber und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, in München vorgestellt haben.

### Wehret den Anfängen!

Der „Leitsatz“ dieses Programnteils lautet: „Wehret den Anfängen!“ Anfänge – das ist die geduldete Verwahrlosung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Drogenszenen und Alkoholismus-Milieus, das sind Vandalismus, Schmierereien und Belästigung durch aggressives Betteln.

Mit ihrer strikten Ablehnung jeder Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Ladendiebstahl und Drogenkonsum stellt sich die Union entschieden gegen alle Versuche von Rot-Grün, der Entkriminalisierung sog. „Bagatelldelikte“ das Wort zu reden, Hemmschwellen zu senken, Rechtsbrecher zu ermutigen und gesetzestreue Bürger zu entmutigen.

Fortsetzung auf Seite 3

### HEUTE AKTUELL

#### ● SPD-Kandidat

Schröder gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen. Seite 9

#### ● Bilanz

Claudia Nolte legt Bilanz der 13. Legislaturperiode und Ausblick für die nächsten vier Jahre vor. Seite 18



UID Extra 24/1998

Joseph-Theodor Blank: Leistungen für die Kommunen. Seite 26

#### ● Osterweiterung

Einmalige Chance, in ganz Europa den Frieden zu sichern und Wohlstand zu schaffen. Seite 34

#### ● Dokumentation

Beschäftigungsförderung in Deutschland. Grüner Teil

**Der Aufschwung ist da**

Wachstum plus 3,8%. Export plus 13,4%, Investitionen plus 10,7%. Privater Konsum plus 2,8%. Trendwende am Arbeitsmarkt geschafft: Beschäftigung plus 744.000. Und die Zahl der offenen Stellen steigt: jetzt über 1,3 Millionen.

**Die Wende zum Aufschwung**

sieht nach sechs Jahren wirtschaftlicher Flaute jetzt auch die Druckindustrie. Der Personalabbau in dieser Branche ist gestoppt, und mit schätzungsweise rund 220.000 Beschäftigten werden bis Ende des Jahres die Stellenstreichungen der ersten Monate sogar wieder wettgemacht.

**Mit 650 neuen Wohnungen**

hat Bundesbauminister Ehard Oswald ein neues Wohnviertel auf dem Gelände der alten Prinz-Karl-Kaserne in Augsburg vorgestellt. Es gehört zu sieben Pilotprojekten, mit denen die Bundesregierung Bauland ehemaliger Militärflächen für Familien verbilligt abgibt oder über die Vergabe von Erbbaurechten bereitstellt.

**Nahezu Preisstabilität**

Auf 0,9 Prozent ist im Juli die Inflationsrate in Westdeutschland gefallen und damit auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gesunken.

**Schneller als jemals zuvor**

sind im zweiten Quartal dieses Jahres Briefe befördert worden. 95 von 100 Briefen erreichten in den Monaten April bis Juni nach nur einem Tag ihre Empfänger. 99 Prozent waren nach zwei Tagen am Ziel. Postvorstandsmitglied Wolfhard Bender: Vier Milliarden DM Investitionen in den letzten vier Jahren zahlen sich jetzt aus.

**Die "Süddeutsche" sieht bei der SPD nur Feuerwerk**

*SPD-Politik in den Zeiten des Wahlkampfes ist wie ein Feuerwerk. Es knallt und zischt, es funkelt und stinkt. Die Leute sagen "Ah" und "Oh", denn so*

*ein Schauspiel haben die Sozialdemokraten schon lange nicht mehr gegeben. Rakete um Rakete schicken sie nach oben, es regnet Sterne und bunte Ku-*

*geln. Und dann, zum Finale, schreibt der Feuerwerker die Buchstaben "SPD" an den schwarzen Himmel. Dann ist Stille, dann ist der 28. Septem-*

*ber - der Tag nach der Bundestagswahl. Das Pulver ist verschossen. Wer die Kampagne von Schröder und seiner Mannschaft verfolgt, dem*

*kommt der Verdacht, daß es so kommen könnte. Es gibt kein greifbares politisches Vorhaben, das sich mit dem Kanzlerkandidaten verbindet.*  
(20. Juli)



**DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE**

**NR. 24**

**Ein Wahlsieg der SPD würde sofort zu einem Investitionsstopp bei den Unternehmen und zu weniger Arbeitsplätzen führen.**

*Michael Fuchs, Präsident des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels*

**Jusos fordern SPD-Spitze auf: Blindgänger Stollmann entschärfen**

Das Spiel mit verteilten Rollen wird immer schwieriger. Während sich der designierte SPD-Wirtschaftsminister Jost Stollmann nach Rückkehr aus dem Sommerurlaub frei von der Leber weg über Sozial- und Subventionspolitik ausläßt, muß SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering beschwichtigen:

Stollmann sei nicht SPD-Mitglied und spreche auch nicht für die SPD. Seine Äußerungen entsprächen nicht dem SPD-Wahlprogramm, und es sei überhaupt die Frage, ob er sich "in diesen Dingen äußern muß".

"Blödsinn" ist nach Stollmanns Meinung, z.B. Kindergeld an Gutverdienende zu zahlen. Die SPD will dagegen Kindergeld pauschal erhöhen.

Was die Alterssicherung betrifft, habe Stollmann eben eine andere Lebenserfahrung als die SPD. Müntefering: "Darüber wissen Sozialdemokraten in ihrem Spektrum mehr als ein junger Unternehmer."

**Geschwätz eines Blindgängers**

Ganz und gar aus der Rolle sind die Jungsozialisten gefallen, nehmen kein Blatt mehr vor den Mund und fordern die SPD-Spitze unverhohlen

dazu auf, "den Blindgänger Stollmann zu entschärfen". "Ausdruck einer erschreckenden Beliebigkeit" sehen sie darin, daß die Partei "ein solches Geschwätz" zulasse.

**Helmut Kohl: Heuchelei**

Der Bundeskanzler hat Stollmanns jüngste Äußerungen zum Thema Kohlesubventionen zum Anlaß für scharfe Kritik am Wahlkampf der SPD genommen. Sie offenbarten dessen "ganze Heuchelei und Schamlosigkeit":

- noch im vergangenen Jahr Aufwiegelung der Bergarbeiter durch die SPD zu einem Marsch auf Bonn;
- Schwur, an den Kohlesubventionen festzuhalten und
- Abbruch der Gespräche über die Steuerreform mit dem Vorwand schwieriger Verhandlungen über einen Kohlekompromiß.

Kohl: „Heute dagegen im Wahlkampf erweckt Schröder über seinen Sprecher Stollmann den Eindruck, er wolle den Kohlekompromiß aufkündigen und die Subventionen drastisch kürzen.“

**Geil: Gut vorbereitet**

Die ostdeutschen Braunkohle- und Energieunternehmen haben sich nach Ansicht des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder, Staatssekretär Rudi Geil, gut auf die Öffnung des europäischen Strommark-

tes vorbereitet. Die Lausitzer Braunkohle AG (Laubag) und die Vereinigte Energiewerke AG (Veag) seien auf die veränderte Lage eingestellt und würden sich auch unter den neuen Wettbewerbsbedingungen durchsetzen.

**"Ehrlich enttäuscht"**

hat sich in einem offenen Brief die Umweltschutzorganisation Greenpeace über "Stillstand und Sonntagsreden" des SPD-Kandidaten zum Atomausstieg gezeigt. Auch bei anderen Umweltthemen stößt Schröder auf

wenig Gegenliebe bei den Umweltschützern. Ein "klares Wort" wird zur ökologischen Steuerreform vermißt. Greenpeace-Geschäftsführer Walter Homolka: "Ein geschmeidiges Vieleicht-aber-nur-wenn-reicht mir nicht."

## **SPD auf dem linken Auge blind**

### **Zu den Einlassungen der SPD vom 27. Juli zur Innenpolitik erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Das SPD-Papier ist hochgradig unglaubwürdig. Es ist nach dem Motto geschrieben: harsche Worte, linke Denke, keine Taten. Die Sozialdemokraten versuchen eifertig, ihre krassen Versäumnisse bei der inneren Sicherheit durch wohlklingende Versprechungen vergessen zu machen. Das ganze verbinden sie mit der üblichen linken Gesellschaftsbeschimpfung, nach der die Verbrecher lediglich Opfer der gesellschaftlichen Umstände seien. Otto Schily ist der letzte in Deutschland, dem man die innere Sicherheit anvertrauen könnte.

Mit Otto Schily präsentiert die SPD einen Mann als obersten Innenpolitiker, der der Ausländerzuwanderung nach Deutschland offen das Wort redet: „Um das ganz klar zu sagen: Ich bin für Zuwanderung. Aus huma-

nitären, ökonomischen, demographischen und – besonders wichtig – aus kulturellen Gründen.“ (Schily-Interview, Stern, 28. 9. 1995)

Typisch für die SPD-Sicht der Dinge ist auch die Tatsache, daß sich zwar ein Abschnitt gegen Rechtsextremismus im SPD-Papier befindet, der Linksextremismus im SPD-Papier aber nicht vorkommt. Die SPD ist auf dem linken Auge politisch blind.

### **„Äußerst unglaubwürdig“**

Mit offenem Mißtrauen hat die Polizei auf das Wahlprogramm der SPD zur inneren Sicherheit reagiert, das Positionen enthält, die die Sozialdemokraten bis vor kurzem noch abgelehnt haben. Diesen Schwenk wertete der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Gerhard Vogler, als „äußerst unglaubwürdig“. Dieser Kritik schloß sich auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) an.

### *Fortsetzung von Seite 1*

Am Ende einer solchen Politik stünde nicht weniger, sondern mehr Kriminalität, stünden Gewalt und Schwerverbrechen.

„Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt“ – mit diesem Motto sieht sich die Union nach wie vor im krassen Gegensatz zu den innenpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokraten. Daran ändere auch der Versuch der SPD nichts, ihre eigenen Positionen an die von CDU und CSU möglichst nahe heranzuschieben.

### **Reine Wahlkampfaktik der SPD**

Nach jahrelanger Blockade gerade derjenigen Maßnahmen, mit denen CDU und

CSU die Verbrechensbekämpfung verbessern wollten, lasse sich in den überraschenden Anpassungsversuchen der SPD nur reine Wahlkampfaktik sehen. Die SPD denke in Wahrheit nicht eine Sekunde daran, Forderungen, die sie jetzt vertrete, auch umzusetzen.

Wolfgang Schäuble: Das ist der „charakterloseste Wahlkampf“, den ich bislang erlebt habe. Theo Waigel kritisierte das SPD-Papier als „schamlosen Versuch, vom Fehlverhalten der roten und rot-grünen Innenminister in den Ländern abzulenken“.

Gemeinsame Überzeugung der Unions-Politiker in München: „Die Bundestagswahlen sind auch für die innere Sicherheit Richtungswahlen in Deutschland.“ ■

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

## Die Sicherheitsprüche der SPD: Wahlkampfkonzert ertappter Sünder

Bundesinnenminister Manfred Kanther hat die Vorstellungen der SPD zur inneren Sicherheit als „Bilanz einer gescheiterten SPD-Sicherheitspolitik der vergangenen Jahre“ bezeichnet. Es werde den Sozialdemokraten nicht gelingen, nunmehr mit einer Neuaufgabe von Kraftsprüchen darüber hinwegzutäuschen, daß sie nicht einmal diese angebliche Politik anböten.

Vielmehr stehe eine rot-grüne Koalition – gar mit Trägerschaft durch die PDS – im Raum. Rot-Grün sei aber für sich allein schon die denkbar größte Hypothek in der Sicherheitspolitik, die man eingehen könne.

So habe der Kandidat der SPD, Schröder, im vergangenen Jahr größte Sprüche zur inneren Sicherheit abgesondert, die nach dem Wahlverlust in Hamburg mit der Bildung einer rot-grünen Regierung wieder in der Schublade verschwanden. Kanther verwies darauf, daß mit Sprüchen nicht über die verheerende Bilanz der Sozialdemokraten in Bund und Ländern der vergangenen Jahre hinweggetäuscht werden könne.

### Kanther nannte in diesem Zusammenhang:

- Sozialdemokraten hätten jahrelang die von der CDU/CSU schließlich durchgesetzte erfolgreiche Asylrechtsänderung blockiert und müßten sich daher Hunderttausende unberechtigter Asylbewerber im Lande zuschreiben lassen.

- Sozialdemokratische Landesregierungen hätten unterschiedlich gegen die einzelnen Verbrechensbekämpfungsgesetze

der Regierung gestimmt. So Schleswig-Holstein gegen das Verbrechensbekämpfungsgesetz insgesamt oder alle sozialdemokratischen Länder gegen die Hauptverhandlungshaft.

- Sozialdemokraten hätten im Kampf gegen das organisierte Verbrechen trotz anderslautender Versprechungen das Abhören von Gangsterwohnungen ver schlechert.

### Bilanz einer gescheiterten Sicherheitspolitik in den SPD-regierten Ländern!

- Sozialdemokratische Länder wie das Land des Kanzlerkandidaten Schröder Niedersachsen und Schleswig-Holstein hätten den Ordnungsauftrag aus den Polizeigesetzen gestrichen.

- Die von der SPD geführten Länder Niedersachsen, Hamburg, Saarland, Hessen und Schleswig-Holstein haben eine Verminderung von insgesamt 1.083 Polizeistellen in den letzten fünf Jahren zu verzeichnen. Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen haben seit 1993 dagegen 3.110 Stellen zusätzlich geschaffen. Der Bundesgrenzschutz in Bundesverantwortung ist seit 1992 um mehr als 3.200 Stellen gewachsen.

**Kanther:** „Mit Wahlkampfprüchen kurz vor der Bundestagswahl kann über die Mängel der eigenen Politik niemanden hinwegtäuschen.“

Was von einer rot-grünen Bundesregierung in der Sicherheitspolitik zu erwarten

sei, zeigten auch die ständigen Vorschläge rot-grüner Landesregierungen zu Abschaffung von „Bagatell-Straftaten“, die geplante Freigabe von Einstiegsdrogen in Apotheken in Schleswig-Holstein oder das Wirken des grünen Justizministers in Hessen, von dem man nur etwas höre, wenn Straftäter aus Gefängnissen oder bei Freigang entkommen.

So sage die Tatsache, daß bei der heutigen Vorstellung die grün-roten Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg von den Sozialdemokraten außen vorgelassen wurden, genau so viel über die Sicherheitspolitik der SPD aus, wie die Tatsache, daß ein Vertreter der neuen Bundesländer völlig fehlte. Gerade in östlichen Bundesländern reagiere die Bevölkerung besonders allergisch auf alle Fragen der inneren Sicherheit, insbesondere der Grenzsicherheit, weil die Erfahrungen mit Kriminalität sehr plötzlich eingetreten seien. Deshalb sei besonders bemerkenswert, wie die SPD sich geschlossen gegen das neue Einsatzkonzept Bundesgrenzschutzes gestellt habe.

Besonders bemerkenswert sei nach den Worten Kanthers, daß die SPD-Innenpolitiker versuchten, ihre Spuren der vergangenen Jahre zu verwischen. **Kein Wort**

mehr von Einwanderungsgesetz, **kein Wort** von dem ewigen Verlangen nach Abschiebestopps, das im direkten Widerspruch stehe zur jetzigen Verkündung der Abschiebung von kriminellen Ausländern, **kein Wort** von doppelter Staatsangehörigkeit oder Integration. Es sei offenkundig, daß die SPD diese mit den Grünen deckungsgleichen Themen verschweigen wolle. Die Sprachlosigkeit der SPD gegenüber dieser Problematik passe zum reinen Show-Charakter der sommerlichen Wahlkampfveranstaltung.

## Was die Grünen davon zulassen

Die Bundesregierung werde auch in den nächsten Monaten alle Kraft daran setzen, begreiflich zu machen, daß man Innenpolitik, Sicherheitspolitik und Ausländerpolitik nicht durch Phrasen gestalten könnte, sondern nur durch Taten. Daran fehle es in der SPD-Landespolitik ebenso, wie solche auch in einer grün-roten Bundesregierung nicht zu erwarten seien. Aber selbst wenn man die Wahlkampftöne der SPD ernst nehmen wolle, müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es in einer grün-roten Bundesregierung nicht um die SPD-Sicherheitspolitik gehe, sondern um das, was die Grünen zuließen.

## Notlagenbericht nicht unter Verschuß

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 23. Juli soll das Bundesministerium für Gesundheit einen Bericht von Experten über soziale Notlagen und Hilfen zu deren Überwindung unter Verschuß halten. Das ist falsch. Der Bericht liegt seit zwei Jahren vor und wird an Interessierte weitergegeben.

Die Analyse wurde von der Koalition in Auftrag gegeben. Der Bericht behandelt Notlagen wie Obdachlosig-

keit, Suchtfolgen usw. und geht dabei sowohl auf Verantwortlichkeiten des Bundes als auch der Länder und der Kommunen ein. Wichtige Vorschläge sind mit der Sozialhilfereform 1996 umgesetzt worden oder werden im Rahmen einer Verordnung über Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten umgesetzt. Ein entsprechender Entwurf wird derzeit mit den Ländern und Verbänden diskutiert.

# Katalog der Beliebigkeit

## ● Keine Verantwortlichkeit der SPD:

Die Vorstellung des Positionspapiers zur inneren Sicherheit hat den Wähler endgültig verdeutlicht, daß er bei der SPD nicht weiß, woran er ist. So enthält dieses Papier unüberbrückbare Widersprüche zur parlamentarischen Praxis der SPD-Fraktion und zu dem von der Partei vorgelegten Regierungsprogramm 1998 bis 2002. Diese sicherheitspolitische Beliebigkeit ist scharf zu kritisieren: Sie verunsichert nicht nur den Wähler, sondern beweist die Unverantwortlichkeit der SPD bei der Kriminalitätsbekämpfung. Wer alle Positionen zugleich vertritt – hierfür steht der Kanzlerkandidat Schröder – wird keine Position ernsthaft durchsetzen können.

## ● Alltagskriminalität:

Die SPD behauptet, Alltagskriminalität wie Ladendiebstahl und Schwarzfahren bekämpfen zu wollen. In Wahrheit hat sie im Bundestag immer wieder die „Entkriminalisierung von Bagatelldelikten“ gefordert. Hierzu gilt es immer wieder festzustellen, daß dies das falsche Signal ist und damit kriminelle „Karrieren“ eröffnet werden.

## ● Drogenpolitik:

In dem Positionspapier ist nicht mehr von Drogenfreigabe die Rede. Die SPD hat im Bundestag jedoch mehrfach Anträge eingebracht, wonach der Besitz illegaler Drogen zum Eigengebrauch sowie der Drogenhandel zur Finanzierung einer gewöhnlichen Wochenration straffrei bleiben sollen. Mit Hilfe eines Bundesratsantrags hat die SPD ferner die kontrollierte Abgabe von Heroin und die Einrichtung von Fixerstuben beantragt.

Das Positionspapier schlägt allerdings einen „wissenschaftlichen Modellversuch“ in Großstädten zur kontrollierten Abgabe von Heroin vor; hier werden von der SPD Menschen zu Versuchskaninchen gemacht.

## ● Jugendkriminalität:

Das Positionspapier zieht die geschlossene Heimunterbringung als „befristete Krisenintervention“ in Betracht. In der Realität tut die SPD aber nichts dafür, auch selbst Heimplätze zu schaffen. So gibt es in Deutschland in den SPD-regierten Ländern 38 Heimplätze, in den unionsregierten Ländern fast doppelt soviel (74 Heimplätze); in Niedersachsen gibt es exakt 8 Heimplätze. Mit Schröder an der Spitze hat der Bundesrat in der Vergangenheit mehrfach eine Verschärfung des Kinder- und Jugendstrafrechts abgelehnt.

**Rupert Scholz,**  
stellvertretender Vorsitzender  
der CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion, zur Vorstellung  
eines SPD-Positionspapiers

## ● Ausländerkriminalität:

Das Positionspapier spricht davon, bei straffälligen Ausländern aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu treffen. In Wahrheit fordern und praktizieren die SPD-Länder seit Jahren Abschiebestopps für Ausländer. Zum Beispiel in Niedersachsen sind im Jahre 1976 bei 200.000 registrierten Straftaten von Ausländern sage und schreibe 4 kriminelle verurteilte Ausländer abgeschoben worden. Niedersachsen hat unter Schröder seit 1993 alle von der CDU initiierten Gesetze zum Kampf gegen den

## Trendwende erreicht – Steueraufkommen steigt wieder

**Zum Bericht des Statistischen Bundesamtes zu den steigenden Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften im ersten Quartal 1998 erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:**

Die Trendwende der Konjunktur zum Positiven zeigt sich nicht nur beim deutlich angestiegenen Wirtschaftswachstum mit mehr Erwerbstätigen, sondern auch bei den ansteigenden Steuern der Gebietskörperschaften. Nach dem Quartalsbericht des Statistischen Bundesamtes sind die Steuern und steuerähnlichen Abgaben um 0,3 % auf 182,2 Mrd. DM angestie-

gen. Das Ergebnis ist um so beeindruckender, als die Senkung des Solidaritätszuschlages von 7,5 % auf 5,5 % und die Erhöhung des Grundfreibetrages um 270 DM für Ledige und 540 DM für Verheiratete seit 1. Januar 1998 zu einer deutlichen Entlastung der Steuerpflichtigen geführt hat. Allein der Solidaritätszuschlag entlastet die Bürgerinnen und Bürger um 7,5 Mrd. DM. Darüber hinaus waren die Auszahlungen der Eigenheimzulagen und auch die Erstattungen an Arbeitnehmer höher als im vergangenen Jahr. Dies verdeutlicht, daß unsere Reformen greifen und es wieder deutlich aufwärtsgeht.

Asylmißbrauch und zur schnelleren Abschiebung krimineller Ausländer im Bundesrat abgelehnt. Die SPD hat noch zuletzt alle vorgeschlagenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Verhinderung von Sozialmißbrauch durch Ausländer mit Hilfe wirksamer Datenabgleiche abgelehnt.

● **Organisierte Kriminalität:**  
Die SPD behauptet, durch sie seien bei der OK-Bekämpfung erhebliche Gesetzgebungsfortschritte erzielt worden. Tatsächlich hat die SPD in der zu Ende gehenden Wahlperiode eine ideologisch motivierte Blockade gegen bedeutende Gesetzesvorhaben zur Kriminalitätsbekämpfung betrieben: eine Verwässerung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes von 1994, die Ablehnung der „Hauptverhandlungsschaft“ und als Höhepunkt die Verabschiedung der akustischen Wohnraumüberwachung in einer Form, die das Gesetz völlig untauglich für die Verbrechensbekämpfung macht.

Dazu paßt, daß Niedersachsen das untauglichste Polizeigesetz in ganz Deutschland hat: die Polizei darf keine verdeckten Ermittler einsetzen, keine Überwachung von Verbrecherwohnungen zur Gefahrenabwehr, keine Rasterfahndung und keine verdachtsunabhängige Kontrolle auf Autobahnen durchführen.

### ● **Bekämpfung des Extremismus:**

Das Positionspapier fordert die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dabei wird der genauso gefährliche Linksextremismus von der SPD bewußt ausgespart. Statt dessen betreibt sie – im Sinne der neuen Politik des Parteigeneralsekretärs Müntefering – eine Verschönerung der extremistischen Gefahr in Form der PDS. Diese paktiert vielfach mit linksautonomen Gruppen, und diese linksextremistischen Bewegungen müssen genauso wie der Rechtsextremismus bekämpft werden. ■

## Rot-grüner SPD-Staat würde aus Deutschland eine andere Republik machen

**Zum Interview von SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering in der Leipziger Volkszeitung erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Die SPD schreckt vor nichts zurück, um aus Deutschland einen rot-grünen SPD-Staat zu machen. Mit dem Hinweis auf das Wählervotum wird offen die Zusammenarbeit mit der PDS angepeilt. Es braucht nicht sehr viel, dann ist Schröder auch die Unterstützung von DVU und REP willkommen, um an die Macht zu kommen.

Rot-Grün verjagt Arbeitsplätze und würde zum Abstieg Deutschlands führen. Lafontaines Schröder, Trittins

Fischer, Mielkes Gysi – da kommt einiges zusammen, das Deutschland gruseln läßt.

Schröder versucht in schamloser Weise, von allen Schrecken abzulenken, die das SPD-Programm für Deutschland bedeutet. Die Zusammenarbeitsfreude, die Franz Müntefering gegenüber der PDS an den Tag legt, zeigt die ideologische Zugeneigtheit zwischen SPD und PDS. Schröders Plan, einem Otto Schily die Innenpolitik und einem Oskar Lafontaine die Finanzen zu übereignen, zielt darauf, aus unserem Deutschland eine andere Republik zu machen.

## Auf Abwegen

*Es gibt nichts zu beschönigen. SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering fände es offensichtlich in bester Ordnung, wenn die SPD überall in den neuen Ländern mit der SED-Nachfolgepartei pakettierte. Die nonchalante Feststellung des Schröder-Vertrauten, wer vom Wähler in die Verantwortung gestellt werde, habe alle Freiheiten, mit dieser Verantwortung nach Lust und Laune umzugehen, läßt gar keine andere Deutung zu: das Magdeburger Modell, welches ursprünglich aus der Not geboren und eigentlich nur für eine Übergangszeit gedacht war, gilt in führenden SPD-Kreisen heute als probates Mittel der Machtübernahme und Machtausübung.*

*Das war vor einigen Jahren noch anders. Nicht allein wegen der unappetitlichen Vergangenheit, auch aus tagesaktuellen Gründen erging der Trennungsstrich: die PDS war eine Spalterpartei, sie lebte und*

*nährte sich von den Vorbehalten gegen die Einheit, und sie bediente – mal offen, mal unterschwellig – die ewig-gestrigen Kräfte sozialistischer Herkunft. Daran hat sich bis heute nichts geändert – auch nicht nach dem abermaligen Tabubruch von Magdeburg. Um so erstaunlicher, daß Müntefering neuerdings so tut, als hätte*

## Kommentar

*man es mit einer geläuterten und „stinknormalen“ Partei zu tun. Edmund Stoiber hat recht: Im Umgang mit der PDS hat sich das Koordinatensystem der SPD dramatisch verschoben – und zwar so weit, daß sie, wie es scheint, nun lieber mit den SED-Erben als mit der CDU oder einer anderen Partei koalitiert. Kann das gutgehen? Schröder hat Zustimmung signalisiert. Sollte es dabei bleiben, muß er sich nicht wundern, wenn er vom Wähler abgestraft wird.* **Stuttgarter Nachrichten**

# Schröder gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen

**Zu den Äußerungen des SPD-Kandidaten Schröder und seines Wirtschaftssprechers Stollmann erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:**

Die jüngsten Äußerungen von Schröders Wirtschaftssprecher Stollmann, die der SPD-Kandidat ausdrücklich billigt, offenbaren die ganze Heuchelei und Schamlosigkeit des SPD-Wahlkampfes.

Als es im März 1997 um die Vereinbarung des Kohlekompromisses und um die Arbeitsplätze im Bergbau ging, war es die SPD-Führung mit den Herren Lafontaine und Schröder, die die Bergarbeiter zu einem Marsch auf Bonn aufgewiegelt hat. Damals machte die SPD den Bergleuten vor, es ginge auch ohne eine Rückführung der Kohle-Subventionen. Ohne Skrupel instrumentalisierte sie die Bergarbeiter, um die Bundesregierung und mich zu erpressen.

Es ist noch in schlimmer Erinnerung, wie die SPD-Führung gemeinsam mit dem

Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Fischer, auf einer Demonstration von Tausenden von Bergleuten gegen die Bundesregierung und den Bundestag gehetzt hat. Den von der Bundesregierung angestrebten vernünftigen Kompromiß über einen sozialverträglichen Abbau der Kohlesubventionen und die Sicherung der Arbeitsplätze hat die SPD in jeder Weise verteuelt und fast zum Scheitern gebracht. Wir haben nicht vergessen, daß die SPD die schwierigen Verhandlungen zum Vorwand genommen hat, um die Gespräche über die dringend notwendige Steuerreform abzubrechen.

## Auf einmal das Gegenteil

Heute dagegen erweckt Schröder über seinen Sprecher Stollmann im Wahlkampf den Eindruck, er wolle den Kohlekompromiß aufkündigen und die Subventionen drastisch kürzen. Damit gefährdet der SPD-Kandidat den Bestand des deutschen Bergbaus und Tausende von Arbeitsplätzen.

## Dem Wähler kommt es auf Substanz an und nicht auf flotte Sprüche

*Schröders Plan, bis zum 27. September mit dem sympathischen Computerkönig und seinen starken Sprüchen Teile des bürgerlichen Lagers für sich zu gewinnen, kommt gefährlich ins Wanken. Denn Gerhard und sein Freund Jost haben die Leidenschaft vieler Sozialdemokraten überschätzt. Sein Vermögen könne er nicht mehr anfressen, sagt der Multimillionär lässig lächelnd. Gestandenen Sozialdemokraten kommt da eine Gänsehaut – und nicht nur da. Stollmann mutet ihnen noch mehr zu, er lobt Kohl, er findet die CDU besser als die Grünen, er pfeift aufs SPD-*

*Programm, er will das Sozialsystem umkrepeln und, und, und. Jost, der Radikalreformer, redet viel, manches richtig, und macht vor nichts und niemandem halt.*

*Neue Köpfe braucht das Land. Jawohl! Seiteneinsteiger tun der Politik gut. Richtig! Nur sie müssen schon sagen, was sie wollen, was sie anders machen wollen. Fünfundsiebzig Prozent der Wähler sind noch unentschlossen, wem sie ihre Stimme geben sollen. Ihnen kommt es auf Substanz an und nicht auf flotte Sprüche.*

# Grüne wie auch SPD wollen nur Neid und Mißgunst schüren

**Der Vorstoß des Grünen-Vorstands-sprechers Trittin, Wertzuwächse bei Aktien- wie auch bei Grundstücksverkäufen zukünftig vollständig zu erfassen, ist weder neu noch besonders hilfreich. Er dient lediglich dazu – wie viele andere steuerpolitische Aussagen auch der SPD –, Neid und Mißgunst zu schüren.**

Unter dem Aspekt der steuerlichen Gleichbehandlung aller Einkommen sollten alle Einkünfte, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen erhöhen, möglichst vollständig und gleichmäßig steuerlich erfaßt werden. Das entspricht dem Grundsatz der von der Koalition im Deutschen Bundestag bereits im letzten Jahr beschlossenen Steuerreformgesetze auf der Basis der Petersberger Steuervorschläge: niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen von der Besteuerung. Dadurch werden Leistungs- und Investitionsbereitschaft stimuliert, gleichzeitig aber auch Verstöße gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip und das Gebot der Gleichmäßigkeit der Besteuerung abgebaut.

Da auch die bei der Veräußerung realisierten Wertzuwächse im Grundvermögen (außer bei selbstgenutztem Wohneigentum) und bei Wertpapieren außerhalb des Betriebsvermögens das Markteinkommen des Steuerpflichtigen erhöhen und damit seine Leistungsfähigkeit steigern, müssen auch sie in die Besteuerung einbezogen werden.

Die derzeitige Regelung erfaßt diese Wertsteigerungen nur unvollkommen: Während realisierte Wertzuwächse im Betriebsvermögen bereits heute besteuert werden, unterliegen sie im Privatvermögen grundsätzlich nicht der Besteuerung. Ausnahmen gelten nur für Anteile an Ka-

pitalgesellschaften bei wesentlicher Beteiligung (mehr als 25 Prozent) und für Verkäufe innerhalb der Spekulationsfristen des § 23 EStG, das heißt: wenn zwischen Anschaffung und Veräußerung nicht mehr als zwei Jahre (bei Grundstücken) beziehungsweise nicht mehr als sechs Monate (zum Beispiel bei Wertpapieren) liegen.

Bei der Neuregelung der Besteuerung realisierter Wertzuwächse gilt es jedoch, eine Reihe von Fragen zu beachten, die Trittin in seiner verkürzten Darstellung übersieht:

## Hans-Peter Repnik zur Besteuerung privater Aktiengewinne

- 1.** Problem der Scheingewinnbesteuerung: Inflationsbedingte Wertzuwächse erhöhen nicht die Leistungsfähigkeit. Dies ist dann problematisch, wenn zwischen Erwerb und Veräußerung ein längerer Zeitraum liegt, also gerade bei langfristig gehaltenem Aktienbesitz und bei Grundstücken.
- 2.** Anerkennung von Veräußerungsverlusten: Diese mindern die steuerliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen und müßten deshalb konsequenterweise steuermindernd anerkannt werden. Dies birgt gerade bei Aktien, aber auch in Zeiten fallender Grundstückspreise beim Grundvermögen erhebliche Risiken für den Fiskus.
- 3.** Problem der Doppelbesteuerung bei Aktien: Kursgewinne bei Aktien bestehen zu einem guten Teil aus einbehaltenen Gewinnen, die bereits mit Körperschaftsteuer

## Läßt nichts Gutes erwarten

**Zur Äußerung des Kulturbeauftragten im SPD-Wahlkampfteam, Michael Naumann, zum geplanten Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, erklärte der Staatsminister beim Bundeskanzler, Anton Pfeifer:**

Die Ablehnung der Errichtung des geplanten Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin durch den Kulturbeauftragten im SPD-Wahlkampfteam steht im totalen Gegensatz zu der bisher eingenommenen und gerade in dieser Frage von großer Sensibilität geprägten Haltung der SPD-Bundestagsfraktion und auch der Haltung von Senatoren der SPD in Berlin.

Es ist absurd, welche Bewertungen Herr Naumann zu den vorliegenden Modellen vornimmt, obwohl er insbesondere das zuletzt von Herrn Eisenman vorgeschlagene Modell überhaupt nicht gesehen hat. Das läßt für die Kulturpolitik des Kanzlerkandidaten der SPD und seines Beauftragten

nichts Gutes erwarten. Solche vor-schnellen Bewertungen werden den am Wettbewerb beteiligten Künstlern und Architekten in keiner Weise gerecht. Die Grundhaltung, die darin zum Ausdruck kommt, ist wenig tauglich für die notwendige Sensibilität im Umgang zwischen Politik und Kultur.

Der Kulturbeauftragte im Wahlkampfteam der SPD wäre gut beraten, wenn er sich zunächst einmal mit den verantwortlichen Kulturpolitikern in der SPD-Bundestagsfraktion in Verbindung setzen würde, bevor er diese in derartiger Weise desavouiert. Die Bundesregierung steht zu ihren auch vor dem Deutschen Bundestag abgegebenen Erklärungen. Sie bleibt bei ihrer grundsätzlichen Haltung, daß das Denkmal für die ermordeten Juden Europas auf dem dafür vorgesehenen Grundstück errichtet werden soll, daß der Bund dieses Grundstück unentgeltlich zur Verfügung stellt und sich in der vereinbarten Weise an der Finanzierung beteiligen wird.

belastet sind (Steuersatz immerhin 45 Prozent). Eine solche Doppelbesteuerung wird in Deutschland bei ausgeschütteten Dividenden durch das Anrechnungsverfahren beseitigt. Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei einer Besteuerung realisierter Wertzuwächse müßte deshalb untersucht werden, welcher Teil des Kursgewinns auf einer Steigerung des bereits versteuerten Unternehmenswertes und welcher Teil auf (noch) nicht versteuerte zukünftige Gewinnerwartung zurückzuführen ist – eine kaum lösbare Aufgabe.

**4.** Personal- und Sachaufwand in der Finanzverwaltung steigen, da im Zeitpunkt der Einführung Ausgangswerte festgestellt

werden müßten. Dies ist vor allem beim Grundvermögen aufwendig und schwierig. Wenn diese Fragen nicht zufriedenstellend beantwortet werden können, sind negative Reaktionen auf dem Kapitalmarkt wie auch auf dem Immobilienmarkt die Folge. Im Gesetzgebungsverfahren wurde deshalb eine pragmatische Lösung gewählt: Das Steuerreformgesetz 1999 sah eine deutliche Verlängerung der Spekulationsfristen vor, für private, nicht eigengenutzte Grundstücke von 2 auf 5 Jahre und für privat gehaltene Wertpapiere von 6 auf 12 Monate. Damit werden die oben aufgeführten Probleme vermieden, gleichzeitig aber realisierte Wertzuwächse deutlich stärker steuerlich erfaßt. ■

# Wie könnte dieser Mann glaubhaft die Bevölkerung schützen?

**Bundesminister Friedrich Bohl erklärte zu den aktuellen Äußerungen des SPD-Schatten-Innenministers Otto Schily zum Thema „Ausländerpolitik“:**

Der Mann, der im Schattenkabinett von Kanzlerkandidat Schröder für die innere Sicherheit Deutschlands zuständig sein soll, Otto Schily, ist selbst das größte Sicherheitsrisiko. Über diese Personalentscheidung des SPD-Kanzlerkandidaten können nur Alt-68er und Grüne jubeln. Schily als Bundesinnenminister bedeutete einen Politikwechsel in Deutschland, wie er radikaler kaum ausfallen könnte.

Wenn Schily sich in aktuellen Interviews für ein „hartes Vorgehen gegen ausländische Gewalttäter“ ausspricht, so ist das unglaubwürdig und reine Maskerade. Er hat sich keineswegs zum Paulus gewandelt, sondern bleibt der alte Saulus. Dies zeigt sich am Beispiel der Ausländerpolitik: „Um es ganz klar zu sagen: Ich bin für Zuwanderung. Aus humanitären, ökonomischen, demographischen und – besonders wichtig – aus kulturellen Gründen.“ (Schily-Interview, Stern, 28. 9. 1995)

1972 bezeichnete sich Schily selbst als linken Anwalt, wenn unter links zu verstehen ist, „daß ich ein Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bin ... und insofern für eine Veränderung der Gesellschaftsordnung bin, dann bin ich sicher ein linker Anwalt“ (Spiegel, 26. 6. 1972). Wer glaubt, daß er sich wenigstens darin

gewandelt habe, den belehrte er 25 Jahre später: „Es wird in der Öffentlichkeit immer wieder versucht, Widersprüche zu finden zwischen meinem Standpunkt von 1977 und dem von 1997. Der unterscheidet sich überhaupt nicht.“ (Süddeutsche Zeitung, 13. 10. 1997).

Daß sich seine Grundeinstellungen zur inneren Sicherheit tatsächlich nicht verändert haben, beweist auch seine jüngste Äußerung anläßlich der angekündigten Auflösung der RAF: „Ich wage die Behauptung, wenn der Staat seinerzeit etwas gelassener reagiert hätte, die rechtsstaatlichen Fragen klarer gelöst hätte und auch versucht hätte, nicht in dieser harten Form zu reagieren, wie er es getan hat, daß manches an Konsequenzen vermieden worden (wäre)...“ (Deutschlandfunk, 21. 4. 1998)

Schily wäre als Bundesinnenminister mit unmittelbaren Zuständigkeiten für die innere Sicherheit, für den Bundesgrenzschutz und für den Verfassungsschutz ausgestattet. Damit wäre er untragbar für die politische Mitte in Deutschland. Wie könnte dieser Mann glaubhaft die Bevölkerung schützen?

SPD-Kanzlerkandidat Schröder zeigt mit der Berufung Schilys in sein Schattenkabinett, daß er die innere Sicherheit rot-grünen Koalitionsüberlegungen unterordnet und zu gravierenden Sicherheitsabstrichen bereit ist.

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

- INTERNET: <http://www.cdu.de>
- T-ONLINE: \*CDU#
- X 400: c= de; a = dbp; p = cdu; s = bund
- E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

# **Was kommt denn da zusammen?**

*Auf bunten Plakaten wirbt die SPD für die »Neue Mitte«.  
Hinter verschlossenen Türen wird aber eifrig an einer Links-  
koalition gearbeitet. Die Hauptdarsteller passen gut zusammen:*

## **Lafontaines Schröder**

- ⇒ *»wirbt für eine SPD, die es gar nicht gibt.« (Focus, 04.05.98)*
- ⇒ *wollte als Juso »unser Wirtschaftssystem insgesamt beseitigen«  
(Münchener Merkur, 03.09.79)*
- ⇒ *will eine rot-grüne Bundesregierung »auch mit einer Stimme Mehrheit«  
(Die Woche, 06.03.98)*

## **Trittins Fischer**

- ⇒ *kommt - wie sein Parteisprecher - »aus dem Kreis radikaler K-Gruppen,  
deren Ziel die Veränderung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse  
im Sinne einer egalitären Verteilungsgesellschaft war - und ist?«  
(Welt am Sonntag, 15.03.98)*
- ⇒ *wird in seiner Bundestagsfraktion die Altlinken Trittin, Volmer, Ströbele  
begrüßen dürfen - falls die Grünen die 5 %-Hürde schaffen.*

## **Mielkes Gysi**

- ⇒ *hat nach dem Bericht des Immunitätsausschusses des Bundestages von  
1975 bis 1989 »in verschiedenen Erfassungsverhältnissen beim Ministeri-  
um für Staatssicherheit (MfS)« gearbeitet.*
- ⇒ *hält eine Koalition der PDS mit der SPD auch im Bund für denkbar:  
»Wir bieten das seit Jahren an.« (Stuttgarter Zeitung, 29.05.98)*

**Wir wollen unser Deutschland und keine andere Republik.**

# **CDU**

Wolfgang Schäuble:

## Haushalt '99 – ehrlich, offen und für jeden nachvollziehbar

**Finanzminister Theo Waigel hat vergangene Woche den Bundeshaushalt 1999 vorgestellt – ganz bewußt vor der Bundestagswahl am 27. September, damit sich die Wähler ein klares Bild von der Finanzpolitik der Koalition machen können.**

Wir geben vollständig und offen Auskunft über das, was die Bürgerinnen und Bürger nach der Bundestagswahl zu erwarten haben. Deswegen werden wir Anfang September im Deutschen Bundestag in aller Öffentlichkeit den Haushalt beraten.

Damit unterscheiden wir uns einmal mehr vom niedersächsischen Ministerpräsidenten, der dem Schleiertanz um seine wahren politischen Absichten eine weitere Pirouette hinzufügt, indem er entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten in Niedersachsen den von ihm zu verantwortenden Haushalt erst nach der Bundestagswahl der Öffentlichkeit vorstellen will und im Januar 1999, längst nachdem das Haushaltsjahr begonnen hat, im Parlament beraten läßt – also über vier Monate nach dem Bundeshaushalt! Das Muster ist Woche für Woche das gleiche: Jedesmal, wenn die Bürger klare Aussagen erwarten, wenn es um die Substanz der Politik geht, um Zahlen und Fakten, taucht Schröder ab – hohle Phrasen statt ehrlicher Antworten.

Mit der fristgerechten Vorlage des Bundeshaushalts 1999 legt die Koalition Rechenschaft ab – ehrlich, offen und für jedermann nachvollziehbar. Weil wir Spielraum für Steuer- und Abgabensenkungen gewinnen wollen, gehen die Bundesausgaben im vierten Jahr in Folge weiter zurück. Wir senken die Personalausgaben

nochmals, die Bundesverwaltung wird 1999 wieder auf den Stellenumfang zurückkommen wie zuletzt vor der Wiedervereinigung – trotz 5½ Ländern mehr und zusätzlicher Aufgaben so viele Bundesbedienstete wie 1989. Das zeigt: Der Staat kann sparen, wenn er will, und im Bund jedenfalls tut er es auch. Trotzdem werden wir auch bei geringerem Haushaltsvolumen Prioritäten setzen für das wirklich Wichtige: für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für unseren Mittelstand und für die Bildung. Die Bildungsausgaben werden deutlich, nämlich um eine halbe Milliarde, erhöht, die Verkehrsinvestitionen gesteigert, die Fördermittel für den Mittelstand in den neuen Ländern bis 2004 auf hohem Niveau beibehalten und die Mittel für Fortbildung und Umschulung genauso hochgehalten wie in diesem Jahr.

Weil wir den Kurs der Gesundung unserer Staatsfinanzen unbeirrt fortsetzen, können wir die Verschuldung zum vierten Mal hintereinander absenken – das ist einer der besten Beiträge zur Zukunftssicherung künftiger Generationen. Zum Vergleich: Hätten wir heute die gleiche Verschuldungsquote wie Helmut Schmidt in seinen letzten Amtsjahren, dann läge die Neuverschuldung mit fast 100 Mrd. DM annähernd doppelt so hoch, wie sie jetzt tatsächlich ist.

Die Anstrengungen der letzten Jahre beginnen sich auszuzahlen. Es ist ein Erfolg vieler einzelner in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, daß die Wirtschaft wieder brummt und die Arbeitslosigkeit binnen vier Monaten um eine ½ Million zurückgegangen ist.

# Bundesregierung beschließt Rentenversicherungsbericht

**Die Bundesregierung hat den von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten Rentenversicherungsbericht 1998 beschlossen. Der Bericht stellt die Entwicklung in den letzten Jahren dar und zeigt die künftigen Perspektiven in der gesetzlichen Rentenversicherung auf.**

Die Berechnungen beruhen auf dem geltenden Recht, berücksichtigen also die Regelungen der Rentenreform 1999. Durch den zusätzlichen Bundeszuschuß in Höhe von 9,6 Mrd. DM konnte der Beitragssatz für das laufende Jahr bereits um 0,7 Punkte niedriger ausfallen und damit ein wichtiger Beitrag zur Begrenzung und Entlastung der Lohnnebenkosten geleistet werden. Mittel- und langfristig bewirken die Reformmaßnahmen eine Verringerung der in Zukunft zu erwartenden Belastungen aufgrund demographischer Veränderungen. Die Rentenreform trägt somit zur Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze und damit zur steigenden Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland bei.

Für das Jahr 1999 ergibt sich nach dem derzeitigen Datenstand rechnerisch in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten ein Beitragssatz von 20,2 v. H. Die bisherige Entwicklung erlaubt noch keine zuverlässige Einschätzung für das nächste Jahr. Die endgültige Festlegung des Beitragssatzes 1999 wird auf der Basis der weiteren monatlichen Rechnungsergebnisse und der Neueinschätzung der wirtschaftlichen Eckwerte im Herbst dieses Jahres vorgenommen.

Ein Vergleich mit der Beitragssatzentwicklung, wie sie 1989 bei Verabschiedung des Rentenreformgesetzes 1992 geschätzt worden ist, ergibt folgendes: Die

jetzt vorausgeschätzten Beitragssätze liegen im Jahr 2012 in der günstigsten Variante um 2,3 Punkte und auch in der ungünstigsten Variante noch um 1,5 Punkte unterhalb des Beitragssatzes nach den Berechnungen zum Rentenreformgesetz 1992. Bezogen auf den 15-Jahres-Zeitraum führten die Maßnahmen des Renten-

## Rentenreform ermöglicht niedrigere Beitragssätze

reformgesetzes 1992 zu gut einer Halbierung des sonst notwendigen Beitragssatzanstieges. Mit den Maßnahmen des Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand, des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes und der Rentenreform 1999 wird mittelfristig eine Stabilisierung und langfristig eine Senkung des derzeitigen Beitragsniveaus erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die volle Wirkung aller Maßnahmen bis 2012 noch nicht eingetreten ist.

Der Rentenversicherungsbericht belegt im übrigen den fortschreitenden Angleichungsprozeß der neuen an die alten Bundesländer. Durch die zum 1. Juli 1998 erfolgten jüngsten Rentenanpassungen um 0,44 v. H. in den alten und um 0,89 v. H. in den neuen Bundesländern hat sich die verfügbare Standardrente (45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst nach Abzug der Beitragsanteile zur Kranken- und Pflegeversicherung) auf 1 694 DM in den neuen Bundesländern und auf 1 980 DM in den alten Bundesländern erhöht. Damit liegt die Standardrente in den neuen Bundesländern bei 85,5 v. H. des Niveaus in den alten Bundesländern. ■

# Konsequent und koordiniert gegen Kinderpornographie im Internet

**Die jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, und das Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“, Maria Böhmer, erklärten anlässlich der Aufdeckung von Pornographie-Netzwerken in den Niederlanden:**

Die grausamen Geschäfte mit Kindern, die gerade über das Internet einen großen Absatzmarkt finden, müssen weltweit härter bekämpft werden. Die Schlupflöcher, die die Gewalttäter für ihre menschenverachtenden Machenschaften nutzen, sind dringend zu schließen. Die Problematik ist weltweit bekannt. Für Deutschland gilt: Die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bestrafung von Tätern, die Kinderpornographie im Internet verbreiten, sind da. Große Lücken bestehen in der Strafverfolgung. Sie müssen durch international koordiniertes Vorgehen geschlossen werden.

## Wir fordern deshalb, daß

- die nationalen Vorschriften und Maßnahmen zum Schutz vor rechtswidrigen und sonstigen jugendgefährdenden Inhalten in den Netzen, so wie sie seit dem 1. August 1997 gelten, durch internationale Vereinbarungen und Aktionsprogramme flankiert werden;

- die Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene mit dem Ziel, einheitliche Leitlinien für den Jugendschutz sowie für Bewertungs- und Filtersysteme zu schaffen, zügig fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden;

- die Bundesregierung auf eine Stärkung der freiwilligen Selbstkontrolle der Inhalteanbieter in möglichst vielen Staaten der Welt hinwirkt;

- eine bundesweit einheitliche ständige Hotline eingerichtet wird, damit Inhalte im Internet, deren Verbreitung strafbar ist, der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft schnell und unbürokratisch übermittelt werden können;

- eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Polizei und Strafverfolgungsbehörden erfolgt, damit sie im Bereich des Jugendschutzes wirkungsvoller arbeiten können;

- zentrale polizeiliche Stellen als Ansprechpartner für Online-Dienste und Internet-Service-Provider eingerichtet werden, damit eine bessere und schnelle Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Straftaten im Internet erfolgen kann.

Die Forderungen sind in dem Antrag der Koalition zum Thema „Jugendmedienschutz national und international sichern“ enthalten, der Mitte Juni 1998 im Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Wir haben uns aus dem Blickwinkel der Kinder- und Jugendpolitik mit den Risiken der neuen Medien, insbesondere des Internet, in dieser Legislaturperiode sehr intensiv auseinandergesetzt.

★ ★ ★

## Kein rechtsfreier Raum

**Anlässlich der Aufdeckung des Kinderschänder-Skandals in den Niederlanden erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:**

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Die gesetzlichen Grundlagen – das neue Multimedia-Gesetz und das neue Sexual-

strafrecht – sind bei uns in Deutschland vorhanden, sie müssen aber auch entsprechend angewandt werden. Polizei und Justiz müssen deshalb sowohl technisch als auch personell in die Lage versetzt werden, Kriminalität im Internet zu verfolgen. Die Zahl der sogenannten „Cyber-Cops“, das heißt der Polizisten, die im Internet unter anderem nach Kinderpornographie fahnden, reicht bei weitem noch nicht aus. Ich unterstütze deshalb die Forderung nach einer zentralen Ermittlungsstelle zur Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet.

Die in den Niederlanden aufgedeckten abscheulichen Verbrechen zeigen auch, daß in der Frage der Kinderpornographie die europäische und internationale Zusammenarbeit weiter verstärkt werden muß. In diesem Zusammenhang kommt EUROPOL eine besondere Aufgabe zu. Zudem brauchen wir internationale Mindeststandards zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet.

Indem wir die Nachfrage bekämpfen, bekämpfen wir auch die Verbrechen an unschuldigen Kindern.

★ ★ ★

## Kampf verschärfen

**Zur Aufdeckung der Kinder-schänder-Bande in den Niederlanden erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Es ist unfassbar zu sehen, wie unschuldige Kinder und Babys von perversen Kriminellen mißbraucht und diese Bilder dann über das Internet an Abnehmer weitergegeben werden. Die Enttarnung dieses Kinder-Pornorings in den Niederlanden macht deutlich, daß die weltweite Zusammenarbeit im Kinder- und Jugendschutz intensiviert werden muß. Die gesetzlichen Bestimmungen sind in Deutschland ausrei-

chend. So ist vor wenigen Monaten ein verschärftes Strafrecht in Kraft getreten, das wirksame Sanktionen gegen die Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie enthält. Jetzt muß über weitergehende wirksame Maßnahmen der Strafverfolgung nachgedacht werden, wie z. B.:

● **Bundesweiter Einsatz sog. Netzpatrouillen.** In Bayern sind bereits spezielle Ermittlungsgruppen der Polizei eingerichtet worden, die im Internet als verdeckte Ermittler arbeiten. Grundsätzlich hinterläßt jeder Surfer im Netz eine Spur. Gerät er in das Visier der Behörden, ist zumindest theoretisch jede seiner Aktionen nachvollziehbar. Sogenannte Netzpatrouillen suchen in Bayern in Datennetzen nach Produzenten und Verbreitern von Kinderpornos. Allein in Bayern gab es im vergangenen Jahr 110 Ermittlungsverfahren, die durch die verdachtsunabhängige Suche nach strafbaren Inhalten im Internet eingeleitet wurden.

● **Verstärkung der europäischen Polizeibehörde EUROPOL.** Da die Täter grundsätzlich international operieren, sind europäische Gegenstrategien notwendig.

Weitergehende internationale Vereinbarungen sollten angestrebt werden auf der Grundlage der bisherigen Aktivitäten in der EU und dem Europarat, insbesondere:

● **Entwicklung eines weltweiten Netz-Codex.** Die nationalen Gesetze stoßen bei den globalen Datennetzen auf ihre Grenzen. Ein weltweit geltender Netz-Codex, dessen Mindeststandards für das Datennetz auf einer Internet-Konferenz der Vereinten Nationen entwickelt werden müssen, könnte hier Abhilfe schaffen.

● **Förderung der Medienkompetenz.**

● **Schaffung einer internationalen Rechtskonvention** gegen Kinderpornos im Internet. Dieses Thema muß bei dem nächsten Europäischen Gipfeltreffen auf die Tagesordnung gebracht werden. ■

# Familien und Frauen, ältere und junge Menschen brauchen eine Politik der Verlässlichkeit

**Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte, hat davor gewarnt, Familien unseriöse finanzielle Versprechen zu machen und ihnen im gleichen Atemzug Leistungen, wie z. B. das Landeserziehungsgeld in Rheinland-Pfalz, zu streichen. Bei der Vorlage ihrer Bilanz für die 13. Legislaturperiode und eines Ausblicks auf die nächsten vier Jahre sagte Frau Nolte, die Familien und Frauen, die älteren und jungen Menschen in Deutschland brauchten eine Politik der Verlässlichkeit. Die Bundesregierung habe wichtige Impulse gesetzt, an die jetzt ohne Bruch angeknüpft werden müsse.**

In der Familienpolitik grenzte sich die Ministerin klar von der Opposition ab: „Wir wollen keine undifferenzierte Familienförderung nach dem Gießkannenprinzip. Unser Weg ist es, sehr konkret auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Familien einzugehen. Dazu werden wir auch in der nächsten Legislaturperiode finanzielle Spielräume gezielt nutzen – für Verbesserungen beim Erziehungsgeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuß. Außerdem wollen wir die Leistungen von Frauen in der Familie bei der Reform der Hinterbliebenenversorgung im Rentensystem noch stärker anerkennen.“

Die Ministerin nannte drei Punkte, wo Verbesserungen für sie Priorität haben: Die Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld sollten ebenso erhöht werden wie der monatliche Höchstbetrag von bisher 600 DM. Das Kindergeld für kinderreiche Familien mit drei und mehr Kindern solle weiter

verbessert werden. Und Alleinerziehende sollten zusätzliche Hilfe erhalten, indem die Altersgrenze beim Unterhaltsvorschuß von heute zwölf Jahre angehoben beziehungsweise die maximale Dauer der Zahlung von heute sechs Jahre verlängert werde. Dabei sei klar, so Claudia Nolte, daß über solche Verbesserungen vor dem Hintergrund der konkreten Finanzspielräume entschieden werden müsse und eine Finanzierung durch Schulden ausscheide, weil höhere Leistungen auf Pump den Familien letztlich nichts nützten.

**Claudia Nolte will Behördengänge für Familien erleichtern und die gezielte Familienförderung weiter ausbauen.**

Frau Nolte kündigte eine Familienkasse an, durch die sie Leistungen für Familien einfacher gestalten und Familien den Zugang zu den einzelnen Leistungen erleichtern wolle: „Familien sollen durch eine Behörde möglichst wohnortnah und bürgerfreundlich Auskunft erhalten, ihre Anträge stellen und die ihnen zustehenden Leistungen entgegennehmen können.“ Die Zusammenführung von Kindergeld, Erziehungsgeld und Unterhaltsvorschuß bei einer Familienkasse sollte modellhaft in Zusammenarbeit mit zwei Bundesländern erprobt werden. Gespräche darüber seien bereits aufgenommen.

In ihrer Bilanz nannte die Ministerin als größten Erfolg den neuen Familienlei-

stungsausgleich: „Wir haben die Familienförderung vereinfacht und die Leistungen für Familien trotz engster finanzieller Spielräume erheblich ausgebaut. Wir entlasten die Familien heute durch Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag jährlich um 50 Milliarden DM, also 13 Milliarden DM mehr als 1995. Die neue Familienförderung ist eine der großen Reformen der Bundesregierung in dieser Wahlperiode. Vor allem Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie mit mehreren Kindern sind die Gewinner dieser Reform.“

## **Claudia Nolte: Weitere**

## **Schwerpunkte der Bilanz**

### **Kinder- und familienfreundliche Gesellschaft**

Gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, mit Städten und Gemeinden hat mein Ressort Initiativen ergriffen, um das gesellschaftliche Klima zugunsten von Familien zu verändern. Dazu gehörten u. a. der Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ und die Einrichtung einer Ständigen Familienkonferenz. Einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit dienen der Bundeswettbewerb „Der familienfreundliche Betrieb“ 1996 und das Modellprogramm „Beratungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Klein- und Mittelbetriebe“. Gemeinsam mit dem Deutschen Kinderhilfswerk läuft bis September eine Karawane für mehr Kinderfreundlichkeit, die 50 Städte und Gemeinden besucht.

### **Erziehungsleistung wird bei der Rente stärker anerkannt**

Wir haben dafür gesorgt, daß Kindererziehung im Rentenrecht stärker anerkannt

wird. Durch die Rentenreform erhalten 7,7 Mio. Frauen, die Kinder erzogen haben, bei ihrer Rente mehr Geld für die Kindererziehung. Mit der stufenweisen Neubewertung der Kindererziehungszeiten schaffen wir mehr Gerechtigkeit für Frauen und Familien. Wir machen deutlich, daß Kindererziehung für den Generationenvertrag genauso wertvoll ist wie Erwerbsarbeit.

### **Weltfrauenkonferenz und Nationale Strategien zu deren Umsetzung**

Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking vom September 1995 war ein Erfolg für die Gleichberechtigungspolitik in aller Welt. Deutsche Anliegen wie die Sicherung der Menschenrechte und der sexuellen Rechte von Frauen, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der gleichberechtigte Zugang von Frauen zu Führungspositionen wurden in der Aktionsplattform verankert. Mit einer bundesweiten Kampagne „Initiative gefragt – Frauen gefragt“, zu der ein großer Ideenwettbewerb gehörte, sind die drei Hauptthemen der von mir vorgelegten Nationalen Strategien in unsere Gesellschaft hineingetragen und dort diskutiert worden.

### **Menschenrechte – Rechte von Frauen, Kindern und älteren Menschen**

Die Wahrung der Menschenrechte, insbesondere von Frauen und Kindern, standen im Mittelpunkt zahlreicher Aktivitäten. Während der 4. Weltfrauenkonferenz bin ich entschieden für die Achtung der Menschenrechte von Frauen eingetreten. Wir haben intensiv das Thema Bekämpfung des Frauenhandels aufgegriffen, u. a. durch die Einrichtung der Arbeitsgruppe Frauenhandel, in der neben den fachlich betroffenen Bundes- und Länderministerien das Bundeskriminalamt sowie Bera-

tungsstellen zusammenarbeiten. Mit der Neufassung des Paragraphen 177 Strafgesetzbuch ist es nach langen Debatten endlich gelungen, die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen.

Kindesmißbrauch ist Mord an Kinderseelen und muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Nach dem Weltkongreß gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern in Stockholm im August 1996 hat die Bundesregierung auf meine Initiative ein gemeinsames Arbeitsprogramm gegen Kindesmißbrauch, Kinderpornographie und Sextourismus konzipiert. Einige Maßnahmen davon sind bereits umgesetzt, wie die Strafverschärfung bei Sexualstraftaten, die Verbesserung des Zeugen- und Opferschutzes, Verbesserungen bei der Therapie sowie verschiedene Informationskampagnen.

Zum Schutz älterer Menschen vor Gewalt in engen sozialen Beziehungen fördern wir in Hannover das Modellprojekt „Gewalt gegen Ältere im persönlichen Nahraum“. Es will in erster Linie eine Zusammenarbeit von Fachkräften unterschiedlicher kommunaler Einrichtungen anstoßen und konkrete Hilfsmaßnahmen für betroffene Ältere anbieten.

## Jugendkriminalität

Mein Haus hat bis 1996 fünf Jahre lang das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt in den neuen Ländern mit insgesamt 90 Millionen DM gefördert. Wie sehr sich das Programm bewährt hat, zeigt sich daran, daß die allermeisten der vom Bund initiierten 130 Projekte in kommunaler Trägerschaft weiterlaufen. Es gibt eine Vielzahl an guten Projekten zum Umgang mit Jugendkriminalität. Häufig wissen die Fachkräfte der regionalen Jugendhilfeeinrichtungen jedoch nicht voneinander und ihren guten Ideen. Deshalb haben wir eine Arbeitsstelle zur Kinder- und Jugendkriminalprävention beim Deutschen Jugendinstitut in München eingerichtet,

die die Maßnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und freien Trägern sammelt, bündelt und an Fachleute vermittelt.

## Freiwilliges Jahr im Unternehmen und Stiftung Bürger für Bürger

In Anlehnung an die beiden Erfolgskonzepte Freiwilliges Soziales und Freiwilliges Ökologisches Jahr habe ich gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag und der Dresdner Bank AG als dreijähriges Modellprogramm das Freiwillige Jahr im Unternehmen (FJU) initiiert. Bis zu 1.500 Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren können das FJU ab Herbst 1998 absolvieren. Ziel ist es, interessierten Jugendlichen Einblick in den Prozeß unternehmerischer Entscheidungen zu ermöglichen, die Soziale Marktwirtschaft im betrieblichen Alltag zu erleben und verstehen zu lernen sowie zu einer neuen Kultur der Selbständigkeit beizutragen.

Um Menschen noch stärker zu ehrenamtlicher Arbeit zu ermutigen und die gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit zu verbessern, habe ich gemeinsam mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die privatrechtliche Stiftung Bürger für Bürger ins Leben gerufen. Die Stiftung richtete zum 1. Januar 1998 die Nationale Freiwilligenagentur in Berlin ein.

## Weitere Schwerpunkte

## im Ausblick für die

## nächsten vier Jahre:

### Neue Perspektiven der Erziehung und Wertevermittlung

Weltweiter Wandel und zunehmende Pluralisierung von Lebensstilen machen einen neuen Konsens über Werte und Wege der

Erziehung der jungen Generation notwendiger denn je. Die Ständige Familienkonferenz soll die Familie als verbindlichen sozialen Bezugsrahmen unterstützen und die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken. Ein breiter gesellschaftlicher Dialog soll die Entwicklung eines Erziehungskonsenses sowie Lösungsvorschläge und Präventionsstrategien für verbreitete Probleme bei Kindern und Jugendlichen vorantreiben. Diesen Zielen dienen auch zahlreiche Modellprojekte.

### **Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit**

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunft von Familien und Kindern und für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir brauchen mehr familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Arbeitsstrukturen für Frauen und Männer im öffentlichen Dienst wie auch in der Privatwirtschaft. Wir werden im Dialog mit den Tarifpartnern und der Wirtschaft eine Offensive für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf starten. Und wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch für Kinder im Grundschulalter ein.

### **Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage**

Die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen, um die Beschäftigungschancen benachteiligter junger Menschen zu erhöhen und Defizite auszugleichen. In diesem Zusammenhang erarbeitet mein Haus zur Zeit ein Konzept für eine Stiftung mit dem Arbeitstitel „Deutsche Stiftung Zukunftschance Jugend“. Grundgedanke dieser Überlegung ist es, über eine solche Stiftung Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen, die Solidarität zwischen jüngeren und älteren Menschen zu

fördern und öffentlichkeitswirksam Kampagnen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu organisieren.

Bessere Beschäftigungschancen in privaten Haushalten wollen wir durch die Überprüfung des Haushaltsscheckverfahrens erreichen. Außerdem wollen wir den

## **Bundesministerin legt Bilanz der 13. Legislaturperiode und Ausblick für die nächsten vier Jahre vor.**

Mißbrauch geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und die Scheinselbständigkeit bekämpfen. Zur Förderung der beruflichen Selbständigkeit von Frauen werden wir auch den Generationenwechsel im Handwerk nutzen und Betriebsübernahmen unterstützen.

### **Die Beteiligung älterer Menschen fördern und ihre Rechte sichern**

Noch mehr als heute werden die Älteren in der Gesellschaft der Zukunft gebraucht werden. Ihre Lebenserfahrung und ihre vielfältigen Kompetenzen sind ein wichtiges gesellschaftliches Aktivpotential. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, daß die Rahmenbedingungen für das freiwillige gesellschaftliche Engagement der Älteren weiter verbessert werden.

Ich strebe außerdem eine umfassende Überarbeitung des Heimgesetzes, bessere bauliche Standards in Altenheimen, Aufsichtsregelungen für ambulante Dienste sowie ein bundeseinheitliches Altenpflegegesetz an. Damit wollen wir älteren hilfs- und pflegebedürftigen Menschen bessere, klarer geregelte und leichter nachvollziehbare Voraussetzungen für die letzte Lebensphase schaffen.

Ambulante Dienste, deren Zahl sich inzwischen auf fast 12.000 erhöht hat, müs-

## Neue Chancen und Wege für benachteiligte Jugendliche

**Bundesjugendministerin Claudia Nolte hat am 16. Juli zwei Modellprojekte für benachteiligte Jugendliche in Weimar und Kassel besucht. Beide Maßnahmen werden im Rahmen des Programms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ vom Bundesjugendministerium gefördert.**

Dieses Programm läuft über vier Jahre, von 1998 bis 2001, und ist mit insgesamt 30 Millionen DM ausgestattet. Im Vordergrund stehen dabei die soziale und berufliche Integration von jungen Menschen, die aus eigener Anstrengung kaum in der Lage wären, im Berufsleben Fuß zu fassen.

Insgesamt beteiligen sich an diesem Modellprogramm 23 Projektstandorte, die aus 226 Bewerbungen ausgewählt wurden und in diesem Jahr ihre Arbeit aufgenommen haben. Jeweils acht Projekte befassen sich mit der Integration in Schule und Berufsschule beziehungsweise in sogenannten Jugendhilfebetrieben, sieben Projekte finden in privatwirtschaftlichen Betrieben statt.

Sowohl das Weimarer Projekt „die Agentur – AREA 2001“ als auch die Kasseler Recyclingwerkstatt „Buntstift e.V.“ sind Jugendhilfebetriebe, die sich besonders um Heranwachsende im Alter zwischen 17 und 27 Jahre kümmern, die ohne Ausbildungsplatz, Langzeitarbeitslose, Ausbildungsabbrecher, sozial auffällig oder aus anderen Gründen durch Ausgrenzung bedroht sind. In Weimar nimmt Frau Nolte die offizielle Eröffnung der Jugendhilfeagentur vor.

Bundesjugendministerin Claudia Nolte: „Der härter werdende Wettbewerb am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt trifft besonders individuell oder sozial benachteiligte Jugendliche. Daher ist es dringend notwendig, den Betroffenen Förderung, Perspektiven und Sicherheit zu geben. Wir können nicht zusehen, daß sozial benachteiligte junge Menschen auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt werden. Aus diesem Grund habe ich an insgesamt 23 Standorten dieses Modellprogramm ins Leben gerufen.“

sen nach meiner Überzeugung unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Schwarzen Schafen müssen wir das Handwerk legen. Durch die Überarbeitung des Heimgesetzes wollen wir u. a. für ältere Menschen im Falle einer Erhöhung der Heimkosten eine größere Transparenz erreichen.

Meine Zielvorstellung geht darüber hinaus letztlich dahin, in absehbarer Zeit gesetzliche Regelungen im Bereich der Altenpolitik in einem Gesetz zusammenzufassen. Hierbei sollte auch der § 75 des Bundesso-

zialhilfegesetzes einbezogen werden, der heute die Altenhilfe regelt. Mit einem moderneren Verständnis von Politik für ältere Menschen ist es nicht mehr vereinbar, Altenhilfe lediglich als Bestandteil der Sozialhilfe zu verstehen. Durch eine Reform möchte ich hier vor allem erreichen, daß ältere Menschen besser überschauen können, welche Vielfalt an Möglichkeiten des freiwilligen gesellschaftlichen Engagements und an Hilfemöglichkeiten vorhanden ist und welche für sie im konkreten Fall in Frage kommen.

# Behauptungen über die Armut von Kindern entschieden zurückgewiesen

**Zu der aktuellen Diskussion um Armut bei Kindern und um den 10. Kinder- und Jugendbericht erklärte Bundesjugendministerin Claudia Nolte:**

Die Behauptung, jedes fünfte Kind in den neuen Bundesländern und 12 Prozent der Kinder in den alten Ländern lebten in Armut, weise ich entschieden zurück. Solche Angaben haben mit der Wirklichkeit in Deutschland nichts zu tun.

● Diese Zahlen, die ein Sozialwissenschaftler bereits 1995 veröffentlicht hat und die seitdem mehrfach öffentlich diskutiert wurden, beruhen auf einer Definition von Armut, die von führenden Armutsforschern abgelehnt wird. Nach dieser Definition – wonach jeder arm ist, der weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat – könnte man Armut nie beseitigen. Auch wenn alle Einkommen und damit der Wohlstand steigen, ginge Armut nicht zurück.

● Es ist zusätzlich irreführend, wenn bei der Rechnung für die neuen Bundesländer alle Familien als arm bezeichnet werden, deren Einkommen unterhalb der Hälfte des gesamtdeutschen Durchschnittseinkommens liegt. Wird das ostdeutsche Durchschnittseinkommen herangezogen, ergibt sich für die Kinder in den neuen Ländern ein Anteil von 14 Prozent statt 21,9 Prozent und damit eine ähnliche Größenordnung wie in den alten Bundesländern (11,9 Prozent).

● Armut in einem reichen Land ist nicht allein eine Frage des Einkommens. Einkommensarmut bekämpfen wir durch die Sozialhilfe, denn sie dient dazu, Armut zu

vermeiden und eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen.

Einkommensarmut von Familien und Kindern ist ein Problem, das ich sehr ernst nehme. Die Bundesregierung trägt mit einer Reihe von Maßnahmen dazu bei, Armut zu verhindern und die Lebenssituation sozial Bedürftiger zu verbessern. Jede dritte Mark, die in Deutschland erwirtschaftet wird, geben wir für soziale Zwecke aus. Allein die Ausgaben für das Kindergeld haben wir in dieser Legislaturperiode trotz knapper Kassen um jährlich 13 Milliarden DM erhöht – und dabei Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders berücksichtigt.

Ich rufe die Opposition dazu auf, das Thema Armut endlich seriös zu diskutieren. Wer massenhaftes Elend in unserem Land herbeiredet, verfälscht die Realität.

Auch der Vorwurf, die Bundesregierung halte den Kinder- und Jugendbericht zurück, ist unhaltbar und eine böswillige Verdrehung der Tatsachen. Wenn die Sachverständigen ihren Bericht mehr als ein halbes Jahr zu spät und mit 700 Seiten mehr als doppelt so umfangreich abgeben, wie vereinbart war, kann von der Bundesregierung nicht erwartet werden, daß sie die erforderliche Stellungnahme innerhalb weniger Wochen fertigstellt.

Die Sachverständigen hatten zweieinhalb Jahre Zeit – auch vor diesem Hintergrund ist ein gutes halbes Jahr als voraussichtliche Bearbeitungszeit für die Stellungnahme angemessen. Wir streben an, den Kinder- und Jugendbericht Anfang September vorlegen zu können. ■

# Sozialhilfeausgaben zum zweiten Mal in Folge gesunken

**Nach den vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Vorwegberechnungen zu den Sozialhilfeausgaben 1997 sind zum zweiten Mal in Folge die Sozialhilfeausgaben gesunken:**

Die Gesamtausgaben gingen im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr um über 5 Mrd. DM (-11 Prozent) auf 44,4 Mrd. DM zurück. Im Jahr davor waren die Ausgaben bereits um 2,4 Mrd. DM (-4,5 Prozent) gesunken.

Dazu Bundesgesundheitsminister **Horst Seehofer**: „Der Ausgabenrückgang liegt insbesondere an den Entlastungen durch die Pflegeversicherung, die erstmals sowohl im ambulanten Bereich als auch im stationären Bereich für ein volles Jahr wirksam wurden. Daneben beginnt auch die 1996 auf den Weg gebrachte Sozialhilfe reform zu greifen, die u. a. zu einer Begrenzung der Pflegesätze in Einrichtungen geführt hat. Auch dies trägt zu einem Ausgabenrückgang bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen bei.“

Die Aufwendungen für die Hilfe in besonderen Lebenslagen sanken um 20,3 Prozent (-6,2 Mrd. DM). Zu dieser Hilfe gehören z.B. die Hilfe zur Pflege und die Eingliederungshilfe für Behinderte. Die Aufwendungen für die Hilfe zur Pflege halbierten sich gegenüber dem Vorjahr von 13,9 Mrd. DM auf 6,8 Mrd. DM. Damit konnten in Deutschland im Jahre 1997 die Ausgaben für diese Hilfeart auf das Niveau des Jahres 1984 im früheren Bundesgebiet zurückgeführt werden. Der Ausgabenanstieg bei der Eingliederungshilfe für Behinderte lag dagegen mit 6,8 Prozent (+0,9 Mrd. DM) auf 14,7 Mrd. DM leicht über dem des Vorjahres.

Der Ausgabenanstieg zur Finanzierung der Hilfe zum Lebensunterhalt konnte weiter verlangsamt werden: Hier nahmen die Aufwendungen gegenüber 1996 um 3,8 Prozent (+0,8 Mrd. DM) auf 20,2 Mrd. DM zu. Von 1995 auf 1996 waren die vorwegberechneten Ausgaben noch um 4,5 Prozent gestiegen.

Auf das frühere Bundesgebiet entfielen 38,9 Mrd. DM der Sozialhilfeausgaben, auf die neuen Länder und Berlin-Ost 5,5 Mrd. DM. Damit sind die Sozialhilfeausgaben in den neuen Ländern und Berlin-Ost sogar noch stärker gegenüber 1996 zurückgegangen (-15,4 Prozent) als im früheren Bundesgebiet (-10,2 Prozent).

## Erwartete Einsparungen

Gesunken sind nach den Vorwegberechnungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden auch die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Aufwendungen hierfür waren in Deutschland mit 5,2 Mrd. DM im Jahr 1997 um 7,2 Prozent (-0,4 Mrd. DM) niedriger als ein Jahr zuvor. Der Rückgang macht deutlich, daß die im 1. Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes am 1. Juni 1997 in Kraft getretenen Maßnahmen zusammen mit der Abnahme der Asylanträge um 10,3 Prozent zu den erwarteten Einsparungen geführt haben.

Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden mit 4,6 Mrd. DM überwiegend im früheren Bundesgebiet geleistet. Dies waren 7,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Die übrigen 0,6 Mrd. DM wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost aufgewendet. Dies entspricht einem Rückgang von 2,7 Prozent.

# Mit Energie und Zuversicht ins Informationszeitalter

Anlässlich der Debatte des Schlußberichts der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Martin Mayer (Siegersbrunn):

Internet und Computer verändern die Welt. Die Entwicklung, die viele Menschen als Bedrohung empfinden, bietet gerade für Deutschland mit seinem hohen Bildungsstand und seiner großen Exporterfahrung viele Zukunftschancen. Immer mehr Dienstleistungen können im Netz über Grenzen hinweg erbracht werden. Weltweit werden viele neuartige Dienste und Arbeitsplätze entstehen. In Deutschland wird dies nur dann der Fall sein, wenn die Bereitschaft zu Veränderungen weiter wächst. Gefordert sind als Antwort auf die beschleunigte Globalisierung:

- die Bereitschaft und Fähigkeit zu lebenslangem Lernen, besonders im Berufsleben;
- Leistungssteigerung durch mehr Wettbewerb in Bildung und Forschung sowie Förderung von Eliten;
- mehr Spielraum für Unternehmen und vor allem für Unternehmensgründer;
- Änderungen im Arbeits- und Tarifrecht, die auch effektive neue Formen der Arbeits- und Unternehmensorganisation ermöglichen;
- die Stärkung der Selbstverantwortung von Arbeitnehmern auch im Sozialsystem;
- Verbesserung der Effizienz der Verwaltung und des Services sowie der Information und Beteiligung der Bürger;

- verstärkte Anstrengungen aller öffentlichen Auftraggeber, Innovationen anzustoßen;

- Hilfen dort, wo Schwache und Benachteiligte sich nicht selbst helfen können.

Diese Ziele müssen auch in Zukunft konsequent umgesetzt werden. Reine Lippenbekenntnisse mit Blockadehaltung in der Praxis – wie bei der SPD – führen niemals zum Erfolg.

Der Weg in die Informationsgesellschaft ist mit vielfältigen kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen verbunden. Bei ihrer Bewältigung ist der Deutsche Bundestag auch künftig gefordert. Weitere intensive Beobachtung und intensive Diskussion über neuen Handlungsbedarf bei den Informations- und Kommunikationsanwendungen sind besonders nötig, um

- die Lern- und Veränderungsbereitschaft ebenso zu fördern wie die Bereitschaft und die Möglichkeit, die neuen Techniken zu nutzen;

- Anwendungsfeldern, wie z. B. dem elektronischen Handel, zum Durchbruch zu verhelfen und damit Deutschland einen Spitzenplatz bei der Anwendung der neuen Techniken zu sichern;

- die Datensicherheit so zu regeln, daß den berechtigten Sicherheitsinteressen der Nutzer ebenso Rechnung getragen wird wie dem Schutz des Staates vor Bedrohungen von innen und außen;

- im Datenschutz weiter die Balance zu halten zwischen berechtigten Schutzinteressen aller Nutzer und den Chancen, verfeinerte persönliche Informationsdienste zu entwickeln und zu nutzen. ■

# Leistungen für die Kommunen

– Bilanz der 13. Legislaturperiode –

**Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode mit einer Vielzahl von Initiativen zur Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit beigetragen und die Finanzkraft der Kommunen gestärkt.**

## Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung

In der Verfassungsreform vom Herbst 1994 wurden durch Ergänzung des Artikels 28 Grundgesetz die finanziellen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung unter den Schutz der Verfassung gestellt.

Zeitgleich mit der Abschaffung der international wettbewerbsfeindlichen Gewerkekaptalsteuer wurde ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines modernen Gemeindefinanzsystems unternommen: Die Kommunen werden ab 1. Januar 1998 mit 2,2% am gesamten Umsatzsteueraufkommen beteiligt. Damit erhalten die Kommunen nach der Beteiligung an der Einkommensteuer einen Anteil an einer weiteren aufkommensstarken Wachstumssteuer. Dieser Tausch der Gewerkekaptalsteuer gegen die Beteiligung an der Umsatzsteuer führt allein bis zum Jahre 2001 zu einer Überkompensation von rd. 1,7 Milliarden DM. Gleichzeitig mit dieser Gemeindefinanzreform wurde in Artikel 28 GG festgelegt, daß den Kommunen zur Erhaltung der finanziellen Eigenverantwortung eine wirtschaftsbezogene Steuer zusteht.

Als Folge der Postreform II unterliegen die Postunternehmen seit 1966 auch der Körperschafts-, Gewerbe- und Grundsteuer-

erpflicht. Dadurch erzielen Länder und Gemeinden mittelfristig jährliche Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

## Konsolidierung der Sozialhilfeausgaben

In dieser Legislaturperiode konnte durch eine Reihe von Maßnahmen der Bundesregierung und der Koalition der weitere Anstieg der Sozialhilfe gestoppt und eine Konsolidierung erreicht werden.

**Von Joseph-Theodor Blank,  
Vorsitzender der  
Arbeitsgemeinschaft  
Kommunalpolitik der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

### ● Einführung der Pflegeversicherung

Seit 1995 werden die Kommunen durch die Einführung der Pflegeversicherung entlastet. Diese Entlastung erhöhte sich mit dem Wirksamwerden der 2. Stufe der Pflegeversicherung ab Juli 1996. Ab 1997 – des ersten vollen Jahres der Wirksamkeit – belaufen sich die Entlastungen auf über 10 Milliarden DM.

### ● Sozialhilfereform 1996

Seit der im August 1996 in Kraft getretenen Sozialhilfereform wird die Erhöhung der Pflegesätze in Heimen begrenzt sowie der Anstieg der Sozialhilfesätze an den niedrigeren Nettolöhnen orientiert.

## ● Asylbewerberleistungsgesetz 1997

Durch die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes wurden die Leistungen seit Juni 1997 eingeschränkt. In den letzten Wochen wurde das Asylbewerberleistungsgesetz erneut verschärft.

## ● Steuerfreistellung des Existenzminimums/Familienleistungsausgleich

Durch die Steuerfreistellung des Existenzminimums und die Verbesserung des Familienleistungsausgleichs wird die Belastung der Kommunen durch die Sozialhilfe verringert.

Alle diese Maßnahmen haben in 1997 zu einem Rückgang der Sozialhilfe um über 10% geführt. Dies ergibt sich aus Vorausrechnungen des Statistischen Bundesamtes, die Anfang Juli bekannt wurden.

**In den letzten Jahren haben sich die sozialen Leistungen der Kommunen wie folgt entwickelt:**

1994	48,25 Mrd. DM
1995	50,50 Mrd. DM
1996	48,53 Mrd. DM
1997	46,10 Mrd. DM
1998 *	48,00 Mrd. DM

\* Prognose der kommunalen Spitzenverbände

## **Reform des Energiewirtschaftsrechts**

Mit der Reform des Energiewirtschaftsrechts wird sichergestellt, daß die Kommunen ihre unveränderte Kompetenz auf dem Gebiet der Energieversorgung auch im Wettbewerb wahrnehmen können.

Das Aufkommen der Konzessionsabgabe bleibt ungeschmälert. Sie fließt auch weiterhin voll den Kommunen zu.

Damit die Stadtwerke in der Lage sind, ihre Position im Wettbewerb zu behaupten, wurde das Alleinkäufermodell als Wettbewerbsalternative im Gesetz verankert.

Die besondere Bedeutung der Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbarer Energien für eine umweltverträgliche Energieversorgung ist im Gesetz ausdrücklich berücksichtigt worden. Die Umweltverträglichkeit erhält den gleichen Rang wie die Sicherheit und Preisgünstigkeit der Versorgung.

Im Interesse der Verbraucher in Gebieten mit ungünstiger Versorgungsstruktur wird das Recht der Differenzierung der allgemeinen Tarife begrenzt und an klare Kriterien ange koppelt, d. h. das Gesetz begrenzt im Interesse der Bürger und gewerblichen Kleinverbraucher des ländlichen Raums Preisdifferenzierungen nach oben.

## **Schutz der Umwelt verbessert**

Der Schutz der Umwelt gehört mittlerweile zu den wichtigsten Aufgabengebieten der Kommunalpolitik in Deutschland. Dabei sind die wesentlichen Bereiche der Umweltpolitik wie Luft, Boden, Wasser, Lärm, Abfall durch Rahmengesetze des Bundes geregelt und wurden auch in der ablaufenden Legislaturperiode neuen umweltpolitischen Situationen angepaßt. Dabei muß neben der Fixierung des Umweltzieles mehr denn je darauf geachtet werden, daß dieses Umweltziel effizient und kostengünstig angestrebt wird. Als Ergebnis dieser Politik ist die Belastung von Luft, Wasser und Boden auch in dieser Legislaturperiode weiter zurückgegangen.

Die Agenda 21, ein Umweltaktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, das 170 Staaten 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet haben, enthält Handlungsaufträge für

alle gesellschaftlichen Ebenen und Gruppen, um einer weiteren Verschlechterung der globalen Umweltsituation entgegenzuwirken. Die wirkungsvollsten Handlungsfelder im Rahmen der Agenda 21 liegen unmittelbar im politischen Verantwortungsbereich der Städte und Gemeinden. Der Bund hat den sogenannten Agenda-Prozeß durch die Förderung von Modellprojekten, die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und die Bereitstellung von Arbeitshilfen unterstützt.

### **Neuordnung des Bau- und Raumordnungsrechts**

Bei der Neuordnung wichtiger Rechtsbereiche wie etwa dem Baurecht, das Kernbereiche des kommunalen Handelns regelt, oder auch dem Raumordnungsrecht konnten zugleich Maßnahmen der Entbürokratisierung und Verfahrensbeschleunigung erreicht werden. Weitere Genehmigungs- und Anzeigepflichten wurden abgeschafft und dadurch die Entscheidungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden gestärkt.

### **Stärkung der Investitionskraft der Kommunen in den alten und neuen Ländern**

Die Bundesregierung hat auch in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Maßnahmen die kommunale Investitionskraft gestärkt und damit zugleich die Voraussetzungen für die Durchführung privater Investitionen verbessert.

● So unterstützt der Bund mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den ausgewiesenen Fördergebieten nicht nur die Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, sondern fördert gleichberechtigt auch Investitionen der Kommunen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Hierfür hat der Bund in den letzten Jahren je 3,5 Milliarden DM ausgegeben.

● Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ beteiligt sich der Bund an der Förderung von wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen sowie an Maßnahmen der Dorferneuerung. Für diese Maßnahmen hat der Bund in den letzten Jahren etwa 600 Millionen DM ausgegeben.

● Zu Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden wendet der Bund jährlich rd. 6 Milliarden DM auf. Hinzugekommen sind seit 1996 für den ÖPNV zweckgebundene Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz (1996 und 1997 zusammen 20,7 Milliarden DM), die ebenfalls zur Entlastung der Kommunen beitragen.

● Auch die Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 GG zur Förderung des Städtebaus und des Wohnungsbaus sowie die aus Bundesmitteln zinsverbilligten KfW-Programme im Bereich des Wohnungswesens tragen zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen bei. Hierfür hat der Bund in den letzten Jahren jährlich zwischen 4 und 5 Milliarden DM bereitgestellt.

● Zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft zahlt der Bund den Ländern ab 1995 bis 2004 Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 14 Milliarden DM jährlich.

● Auch mit Finanzhilfen von 6,6 Milliarden DM jährlich, die der Bund den neuen Ländern außerhalb des Finanzausgleichs als flankierende Maßnahme aufgrund des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost seit 1995 für die Dauer von 10 Jahren gewährt, können strukturverbessernde Investitionen der Kommunen in bestimmten Bereichen gefördert werden. Die Entscheidung über Höhe und Verteilung der Mittel liegt im Ermessen der Länder.

## Wachsende Verantwortung der Bundesländer

Mit den dargestellten zahlreichen Maßnahmen hat sich der Bund auch in dieser Legislaturperiode zu seiner Mitverantwortung für das Wohl der Kommunen bekannt.

Staatsrechtlich gesehen sind Städte, Gemeinden und Kreise Teile der Länder. Die Länder tragen daher auch in erster Linie die Verantwortung für die Freiheit der kommunalen Selbstverwaltung sowie für die Absicherung ihres Handlungsfähigkeitsspielraums und ihre finanzielle Grundlage. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist die Verantwortung der Länder weiter gestiegen. Der Anteil der Länder an den gesamten steuerlichen Einnahmen hat weiter zugenommen. Der Anteil des Bundes ist weiter gesunken und ist inzwischen niedriger als jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

## Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden haben sich in dieser Legislaturperiode wie folgt entwickelt:

Jahr:	Bund:	Länder:	Gemeinden:
1994	378,9	269,2	97,4
1995	366,0	313,2	94,9
1996	338,4	328,2	93,9
1997	330,2	327,9	94,4
1998	331,8	339,8	99,2

Quelle: Finanzbericht des BMF für 1994–1996  
Steuerschätzung Nov. 1997 für 1997/98

Deutlich sichtbar ist die gegenläufige Entwicklung der Steuerkraft von Bund und Ländern. 1998 werden erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Länder mehr Steuern einnehmen als der Bund.

## Großartiger Wahlsieg

Anlässlich der Oberbürgermeisterwahl in Karlsruhe hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler **Helmut Kohl**, nachfolgendes Glückwunschtelegramm an **Heinz Fenrich** gesandt:

*Zu Ihrem großartigen Wahlsieg gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Ich freue mich ganz besonders mit Ihnen über den Erfolg, den Sie errungen haben. Für Ihr Amt als Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe wünsche ich Ihnen alles Gute.*

An der gewachsenen Steuerkraft haben die Länder ihre Kommunen unterschiedlich und nicht immer im notwendigen Maße beteiligt. Insbesondere der derzeitige Kanzlerkandidat der SPD hat sich in der Landespolitik in Niedersachsen kommunalfeindlich verhalten. So hat er zum Beispiel 1996 im Nachtragshaushalt die Finanzausgleichsmittel für die Kommunen pauschal um eine halbe Milliarde DM gekürzt. Nachdem Kommunen dagegen Verfassungsbeschwerde eingelegt hatten, erklärte der niedersächsische Staatsgerichtshof das Vorgehen der Landesregierung Ende 1997 für verfassungswidrig.

## Die Bilanz der

## Bundesregierung

Die dargestellten Aktivitäten der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition von CDU/CSU und FDP zeigen, daß auf der Bundesebene in den verschiedenen kommunalrelevanten Aufgabenfeldern wie etwa der Innenpolitik, der Finanzpolitik, der Sozialpolitik und der Umweltpolitik der Bund seiner Mitverantwortung für die Erhaltung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gerecht geworden ist. ■

# Studenten-Jobs – oft das Sprungbrett für die Karriere

**Über 60 Prozent aller Hochschulabsolventen sind während ihres Studiums zeitweilig oder dauernd studienfachnah erwerbstätig oder sammeln neben dem Studium erste berufliche Erfahrungen.**

Davon arbeitet rund ein Drittel unter anderem als studentische Hilfskraft an einem Institut bzw. am Fachbereich, rund 40 Prozent fachnah in einem Betrieb. Besonders häufig fachnah erwerbstätig sind Ingenieurwissenschaftler (73 Prozent). Nur jeder zehnte der befragten Absolventen ist der Meinung, das Jobben hätte zur Verlängerung oder Beeinträchtigung seines Studiums beigetragen.

Das ergibt sich aus einer Befragung der Hochschulabsolventen (Universitäten und Fachhochschulen) des Prüfungsjahrgangs 1996/97, die die Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) Hannover im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) durchgeführt hat.

Insgesamt waren sogar 90 Prozent der Absolventen während ihres Studiums in irgendeiner Form einmal erwerbstätig. Rund 40 Prozent aller Befragten waren „überwiegend während der gesamten Studiendauer“ und jeweils rund 25 Prozent während relevanter Teile des Studiums oder gelegentlich erwerbstätig. Die höchsten Anteile an der Erwerbstätigkeit haben Lehrer und Sozialwissenschaftler, die geringsten Naturwissenschaftler und Mediziner.

Die Befragung belegt, daß Studenten-Jobs häufig mehr sind als die bloße Aufbesserung der studentischen Haushaltskasse. Gesucht wird oft auch die notwendige Praxiserfahrung für den Berufsstart. Jeder

fünfte Studierende nutzt seine Erwerbstätigkeit während des Studiums, um sich beruflich zu orientieren. Etwa 30 Prozent der Absolventen geben an, ihr Studentenjob helfe ihnen, nach dem Studium eine Stelle zu finden. Über die Hälfte der Befragten (54 Prozent) meint, der Job habe zur Praxisnähe beigetragen.

## Von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers

**Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:** „Jobben neben dem Studium ist nach eigener Aussage der Studenten nicht der alleinige Grund für die häufig beklagten langen Studienzeiten in Deutschland. Studentenjobs haben auch eine wichtige Funktion für die berufliche Qualifikation der Studenten. Das zeigt, daß wir eine Reform der Hochschulstrukturen brauchen, wie wir sie jetzt mit dem neuen Hochschulrahmengesetz auf den Weg gebracht haben. Wer studiert, wird sich in Zukunft die Universität suchen, die ein effizientes Studium mit Praxisbezug und entsprechende Arbeitsmöglichkeiten im Umfeld bietet.“

Immerhin 10 Prozent der Studierenden, darunter besonders häufig angehende Ingenieurwissenschaftler, nutzen ihre Studienkenntnisse für eine selbständige Arbeit. Das ist oft das Sprungbrett für eine eigene Firma. In den 326 Hochschulen in Deutschland schlummert ein enormes Gründungspotential. Deshalb habe ich den Wettbewerb „EXIST – Existenzgründer aus Hochschulen“ ins Leben gerufen. Dieser Wettbewerb ist eine echte Erfolgsgeschichte: Über 200 Hochschulen haben sich mit Ideen für die besten regionalen Netzwerke

## 10 Jahre erfolgreiche Aussiedlerpolitik

**Seit 10 Jahren ist Horst Waffenschmidt Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung im Bundesinnenministerium. Diese Dekade steht für eine überaus erfolgreiche Aussiedlerpolitik der Bundesregierung. Aufgrund seiner verdienstvollen Arbeit in diesem wichtigen Aufgabenbereich hat der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, die folgende Erklärung abgegeben:**

Die in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden Deutschen haben aufgrund ihres schweren Schicksals einen besonderen Anspruch auf unsere Solidarität und Unterstützung. Neben der Aufnahme von Spätaussiedlern war, ist und bleibt daher die Unterstützung derjenigen Deutschen, die im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion leben und dort auch in Zukunft bleiben wollen, ein wichtiges Anliegen der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung.

Seit 10 Jahren, als erkennbar wurde, daß der „eiserne Vorhang“ brüchig werden und die Zahl der Aussiedler aus Osteuropa stark zunehmen würde, widmet sich Horst Waffenschmidt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen mit großartigem Engagement dieser wichtigen Aufgabe.

Der Erfolg der Aussiedlerpolitik der Bundesregierung ist auch maßgeblich sein persönlicher Erfolg.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat er in ihren Nachfolgestaaten unter schwierigsten Bedingungen alles unternommen, um den dort lebenden deutschen Minderheiten zu helfen und ihnen das Leben in ihrer Heimat erträglicher zu machen.

Bei den Spätaussiedlern, die in den vergangenen Jahren in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, bei den deutschen Volkszugehörigen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und auch bei den Regierungen unserer östlichen Nachbarn hat sich Horst Waffenschmidt großes Vertrauen und hohes Ansehen erworben.

Es ist äußerst verdienstvoll, daß sich Horst Waffenschmidt auf Wunsch des Bundeskanzlers auch künftig als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Aussiedler einsetzen wird. Hierfür und für seine langjährige, unermüdliche Arbeit gilt ihm der besondere Dank der Bundesregierung. Dies hat Bundeskanzler Helmut Kohl vor kurzem noch einmal anlässlich seiner Rede bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland am 6. Juni in Stuttgart besonders hervorgehoben.

zur Förderung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligt. Ich unterstütze die Ausarbeitung von zwölf Konzepten mit bis zu 100.000 DM. Im August werden die fünf besten von einer unabhängigen Jury ermittelt. Die Umsetzung dieser fünf Gewinner-Konzepte werde ich bis Ende 2001 mit insgesamt 45 Mio DM för-

dern. Junge High-Tech-Unternehmen schaffen in den ersten fünf Jahren durchschnittlich zwölf neue Arbeitsplätze. Existenzgründungen aus den Hochschulen leisten einen Beitrag zu mehr Vielfalt, mehr Leistungsorientierung und mehr Wettbewerb, nicht nur in der deutschen Hochschullandschaft.“

## Die EU-Osterweiterung nützt der deutschen Wirtschaft

**Am 20. Juli hat der stellvertretende Vorsitzende der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Präsident der Europa-Union, Hans-Gert Pöttering, in Bonn einen Überblick über die EU-Osterweiterung und die hierfür notwendigen Reformen (Agenda 2000) gegeben.**

Pöttering, der auch die Arbeitsgruppe der EVP-Fraktion zur Osterweiterung und zur Agenda 2000 leitet, betonte, daß man nicht nur über die möglichen Kosten der Osterweiterung für den EU-Haushalt sprechen sollte, sondern auch über die riesigen Vorteile für die deutsche Wirtschaft. Bereits 1997 habe Deutschland für 53 Milliarden DM Waren aus den zehn Beitrittskandidaten Mittel- und Osteuropas importiert und für 64,4 Milliarden DM exportiert. Der Handel wachse derzeit jährlich um etwa 20 Prozent und würde bald das Handelsvolumen mit den USA übertreffen. Ferner sei die Einhaltung der politischen Beitrittskriterien für die Stabilität Deutschlands von großer Bedeutung. Pöttering stellte fest, daß erste EU-Beitritte unserer östlichen Nachbarn im Jahre 2002 oder 2003 wünschenswert wären. Allerdings hänge der Zeitpunkt des Beitritts eines Landes von dessen politischer und wirtschaftlicher Entwicklung ab. Zugleich müßten die Beitritte – wie 1986 bei Spanien und Portugal – mit langen Übergangszeiträumen z. B. bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern, der Agrar- und der Regionalpolitik verbunden werden.

Für die Erweiterung müsse sich auch die Europäische Union reformieren. Im Dezember 1998 werden beim Wiener EU-Gipfel durch eine Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips die Kompetenzen zwi-

schen der EU und ihren Nationalstaaten klarer abgegrenzt und wird die Regulungsdichte verringert. Im März 1999 soll unter deutschem Vorsitz die Agenda 2000 beschlossen werden, damit sie vor den Europawahlen am 13. Juni 1999 vom Europäischen Parlament ratifiziert werden kann.

Wichtigster Teil der Agenda 2000 sei die Festlegung der Finanzierung der Europäischen Union für den Zeitraum 2000-2006. Es müsse dabei zu einer gerechteren Lastenverteilung unter den wohlhabenderen EU-Staaten kommen.

Bei der Gemeinsamen Agrarpolitik müsse es zwar tendenziell zu einer Orientierung am Preisniveau am Weltmarkt kommen. Ein gewisser Außenschutz müsse aber erhalten bleiben. Der von der Kommission vorgelegte Reformentwurf ginge zu weit und müsse daher nachgebessert werden, auch weil die Europäer vor den WTO-Verhandlungen zur Liberalisierung des Weltagrarhandels ab Dezember 1999 nicht unnötigerweise auf Verhandlungsspielraum verzichten sollten.

Bei der EU-Regionalpolitik müßten die Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen, die 40 Prozent der Bevölkerung repräsentierten, konzentriert werden. Die Förderpriorität für die neuen Bundesländer stehe dabei nicht zur Debatte. Die Abschaffung der Förderung des ländlichen Raums sei inakzeptabel.

Schließlich müßten vor dem nächsten Beitritt die Institutionen der EU reformiert werden. Für die Handlungsfähigkeit müßten in weiteren Politikbereichen bei Abstimmungen im Ministerrat Mehrheitsentscheidungen eingeführt werden. Die Stimmgewichtung im Ministerrat müsse

## Kommunale Selbstverwaltung in Europa

**Auf dem Kongreß der Europäischen Kommunalpolitischen Vereinigung der EVP am 3./4. Juli in Innsbruck wurde in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten, Thomas Klestil, dem Präsidenten der spanischen Region Katalonien, Jordi Pujol, der Europapreis für Regional- und Kommunalpolitik überreicht.**

Pujol hat sich nach der Franco-Diktatur für das Wiederaufleben der Regionen in Spanien und für die Stärkung der Regionen in der Europäischen Union eingesetzt.

Eine vom Vorsitzenden des Bundesausschusses Europapolitik der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) von CDU und CSU, Heinrich Hoffschulte, vorbereitete Resolution

wurde vom Kongreß einstimmig angenommen wurde. Der Kongreß bekannte sich darin zur Vision eines föderalen, europäischen Bundesstaates. Er begrüßte den Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl beim EU-Gipfel in Cardiff, zur Bewahrung der kulturellen Vielfalt das Subsidiaritätsprinzip zu stärken und die kommunale Selbstverwaltung vertraglich zu verankern. In diesem Zusammenhang würdigte der Kongreß die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die CDU-Bundestagsabgeordnete Leni Fischer, für ihre erfolgreiche Überzeugungsarbeit, daß alle neuen Mitglieder des Europarats auch die „Charta der Kommunalen Selbstverwaltung“ ratifizierten – jüngst auch die russische Duma.

neu verteilt werden, damit nach den Neubeitritten die kleinen Staaten die großen Staaten, die die Mehrheit der Bevölkerung in der EU vertreten, nicht überstimmen könnten. Ferner solle die Zusammensetzung der Europäischen Kommission neu geregelt werden. Bereits beim Abschluß des Amsterdamer Vertrags wurde vereinbart, daß die fünf großen EU-Mitgliedstaaten auf ihren zweiten Kommissar verzichten würden, sobald eine Neuregelung der Stimmgewichtung im Ministerrat eingeführt werde.

Zusammenfassend stellte Pöttering fest, daß die kommenden Jahre schwierig für den europäischen Einigungsprozeß würden. Daher sei es auch europapolitisch so wichtig, daß bei den bevorstehenden Bundestagswahlen Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Amt bestätigt werde.

## Keine neue Eigenbeteiligungen

**Zu Berichten, wonach Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer eine höhere Selbstbeteiligung für Patienten in der gesetzlichen Krankenversicherung gefordert habe, erklärte das Bundesministerium für Gesundheit:**

Diese Meldungen sind falsch. Richtig ist, daß derzeit und für die absehbare Zukunft keine neue Eigenbeteiligung vorgesehen ist. Dies ist auch nicht notwendig. Mit der 3. Stufe der Gesundheitsreform wurde die finanzielle Eigenbeteiligung der Patienten sozialverträglich angehoben.

# Einmalige Chance, in ganz Europa den Frieden zu sichern und Wohlstand zu schaffen

**Zur inneren Sicherheit und zur Arbeitnehmerfreizügigkeit im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union erklärten die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, Rupert Scholz und Heiner Geißler sowie der Leiter des Querschnittsarbeitskreises „Europa 2000“ der CSU-Landesgruppe, Gerd Müller:**

**1** Mit der Osterweiterung der Europäischen Union bietet sich die einmalige Chance, in Europa dauerhaft Frieden und Demokratie zu sichern und Wohlstand zu schaffen. Dafür muß vor allem noch das drastische Wohlstandsgefälle überwunden werden, das zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten besteht und das die in der EU geschaffene politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität gefährden kann. Es liegt deshalb im gesamteuropäischen wie im deutschen Interesse, daß die direkt an Deutschland vorbei verlaufende Wohlstandsgrenze beseitigt wird und die Staaten Mittel- und Osteuropas schrittweise an den in der Europäischen Union bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Standard herangeführt werden.

Wir müssen uns auf die Erweiterung der EU sorgfältig vorbereiten. Das gilt für die Beitrittsstaaten, in denen noch viele Reformanstrengungen notwendig sind, ebenso wie für die Europäische Union. Doch alle in Europa werden durch die Erweiterung gewinnen. Für die EU-Staaten steht der aus der Öffnung zu erwartende Gewinn in einem sinnvollen Verhältnis zu den Transferhilfen bei der Aufbauhilfe für

die mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten. Schon heute profitiert die Europäische Union von dem erheblich gestiegenen Handel mit den künftigen Mitgliedstaaten; Deutschlands Warenaustausch mit den mittel- und osteuropäischen Staaten wächst um mehr als 20 Prozent jährlich. Die Erweiterung wird diese Entwicklung fördern, da sie die wirtschaftliche Verflechtung erhöhen, das Wachstum in Beitrittsländern beschleunigen und damit auch die Exportchancen der westeuropäischen Unternehmen verbessern wird.

Die Erweiterung wird darüber hinaus die innere Sicherheit verbessern – durch eine noch engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, bei der Abwehr illegaler Zuwanderung, durch eine gemeinsame Asyl-, Flüchtlings- und Visapolitik. Weiterhin werden durch die Osterweiterung die in den mittel- und osteuropäischen Ländern vorhandenen Umweltprobleme vermindert und damit vor allem auch diejenigen Umwelttrisiken entschärft werden, die durch ihren grenzüberschreitenden Charakter für ganz Europa gefährlich werden können. Nicht zuletzt wird durch die Einbindung in die EU die Demokratie in den jungen mittel- und osteuropäischen Reformstaaten und damit die politische Stabilität in Gesamteuropa weiter gestärkt.

**2** Ein Faktor für diese Stabilität und Sicherheit war in der Vergangenheit auch immer die Pluralität der Europäischen Union, die den Mitgliedstaaten nationale Eigenständigkeit im Sinne von Subsidiarität belassen hat. Daher ist das

Subsidiaritätsprinzip in allen den *acquis communautaire* und die Beitrittsfragen betreffenden Bereichen weiterhin und zunehmend zu beachten. Dies ergibt sich zwingend durch die Aufnahme dieses Grundsatzes in die Protokolle des Amsterdamer Vertrages. Das damit verankerte Subsidiaritätsprinzip ist ein Kompetenzbegrenzungsmaßstab für die EU-Politik. Bereits nach dem Rechtsstatus der EU als supranationaler Staatengemeinschaft (BVerfG) folgt im übrigen, daß es auch in Zukunft unter dem Regime des Amsterdamer Vertrages und nach der Osterweiterung keine Kompetenz-Kompetenz für die EU geben kann. Bestimmte in der Vergangenheit beobachtete Kompetenzerweiterungen bzw. Kompetenznahmen durch europäische Institutionen – insbesondere durch den EuGH – können nicht weiter hingenommen werden.

3 Der Beitritt zur EU setzt die Bereitschaft der Beitrittskandidaten zur Übernahme und ihre Fähigkeit zur Umsetzung des umfangreichen gemeinschaftlichen Besitzstandes (*acquis communautaire*) voraus. Die innen- und justizpolitischen Anforderungen an einen EU-Beitritt haben dabei dieselbe Bedeutung wie die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Erweiterung. Insbesondere die Fähigkeit der Beitrittsländer zu einer wirksamen Sicherung der zukünftigen EU-Außengrenzen gegen illegale Einwanderung, die ausreichende Bekämpfung der Kriminalität und eine rechtsstaatliche, gut ausgebildete und ausgestattete Polizei (EUROPOL) und Justiz sind daher unabdingbare Voraussetzungen der Mitgliedschaft.

Die EU ist eine Gemeinschaft der inneren Sicherheit, in der ein hohes Sicherheitsniveau bereits erreicht ist. Dieses Sicherheitsniveau ist aber den ständigen Veränderungsnotwendigkeiten anzupassen und zwischen den Mitgliedstaaten prozeßhaft weiterzuentwickeln. Dies ist ein dynami-

scher Prozeß, der – über den *acquis communautaire* – bereits heute in die Beitrittsverhandlungen einzubeziehen ist.

Die Veränderungsnotwendigkeiten innerhalb der Mitgliedstaaten stellen sich aus deutscher Sicht derzeit folgendermaßen dar:

● **Asylpolitik:** Eine Überarbeitung des Asylrechts sollte auf der Grundlage der deutschen Rechtslage erfolgen, zumindest die Regelungsmodelle zu Drittstaaten und Flughafenpraxis in die EU-Regelung aufgenommen werden. Im Bereich der Anerkennungs- und Aufnahmekriterien sollte eine Vollregelung vermieden, vielmehr Mindeststandards gesetzt werden, die durch die Mitgliedstaaten konkretisiert und ausgefüllt werden können.

● **Flüchtlingspolitik:** Zwischen den Belangen der temporary protection und der Lastenverteilung besteht aus deutscher Sicht ein Junktim; dies betrifft sowohl die Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten als auch die finanzielle Lastenverteilung.

● **Visumpolitik:** Die Öffnungsklausel, nach der ein Mitgliedstaat derzeit eigene Bestimmungen in den Bereichen der Einwanderungspolitik und der Freizügigkeitsrechte beibehalten bzw. einführen kann, muß aufrechterhalten werden. Eine vollständige Harmonisierung der Visumpolitik und des Visumsprüfverfahrens ist anzustreben (Ausbau des Schengen-Information-Systems, SIS); dabei sind die nötigen technischen Voraussetzungen (z. B. fälschungssichere Dokumente, verlässliche Ausstellungsorganisation) einzubeziehen.

● **Zuwanderungskontrolle:** Daneben sind für eine längerfristige Perspektive die Erstellung eines gesamteuropäischen Konzepts für die Zuwanderungskontrolle nicht aus dem Auge zu verlieren. Dieses soll insbesondere auch die Einrichtung einer zentralen europäischen Fingerabdruckdatei für Asylbewerber und illegal Eingerei-

ste sowie eine gemeinsame Rückführungs- politik umfassen. Darüber hinaus sollte dieses Konzept eine Verstärkung des Schutzes der Außengrenzen und deren nachhaltige Sicherung (z. B. durch jederzeit mögliche Inspektionen der Kontrolle und Überwachungsqualität, der Aus- und Fortbildung der Grenzschutzdienste) beinhalten.

● **Kriminalitätsbekämpfung:** Ebenso ist die Kriminalitätsbekämpfung im rückwärtigen Raum der Binnengrenzen (z. B. Schleier-Fahndung, Fortentwicklung des Schengen-Besitzstandes) weiterzuentwickeln. Dies umfaßt auch die Optimierung der europaweiten Strafverfolgung und der institutionalisierten justitiellen Zusammenarbeit – mit dem Abbau von Hindernissen bei der polizeilichen Zusammenarbeit und dem Auslieferungsverfahren, bei der Angleichung der europarelevanten Straftatbestände sowie der Einrichtung gemeinsamer Informationssysteme.

Gerade im Bereich Justiz und Inneres kommt auf die Mitgliedstaaten die wichtige Aufgabe zu, gemeinsam mit der Kommission sicherzustellen, daß die Beitrittsvoraussetzungen in den genannten Staaten erfüllt werden. Um insbesondere die Umsetzung des *acquis communautaire* zu gewährleisten, bedarf es rechtlicher und administrativer Mindeststandards, die die Beitrittsstaaten über funktionsfähige Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden sowie rechtsstaatliche Justizorgane mit ausreichend materiellen und prozessualen Normen sicherzustellen haben. Insbesondere müssen die Beitrittsstaaten rechtliche und praktische Voraussetzungen zur Terrorismus-, Korruptions- und OK-Bekämpfung sowie eine leistungsfähige Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerverwaltung aufweisen, wie sie zur Einhaltung des Sicherheitsniveaus der EU als Gemeinschaft der inneren Sicherheit notwendig sind.

4 Der Abbau des drastischen Wohlstandsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten ist eine gemeinsam zu lösende Herausforderung. Die Europäische Union leistet dafür ihren Beitrag mit der intensivierten Heranführungsstrategie und mit der schrittweisen Integration in Binnenmarkt und Gemeinschaftspolitiken. Die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer werden dazu ihrerseits durch Fortsetzung und Intensivierung ihres Transformationsprozesses beitragen.

Dabei ist zu erwarten, daß sich die schwierige wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Situation in den Beitrittsstaaten selbst nach vollzogenem Beitritt nur schrittweise verbessern wird. Demgemäß wird auch in Zukunft der Anreiz einer Arbeitsaufnahme in den bisherigen EU-Staaten bestehen bleiben bzw. sich kurz- und mittelfristig sogar verstärken. Folglich muß mit nicht unerheblichen Wanderungsbewegungen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern nach Westeuropa und hier insbesondere nach Deutschland gerechnet werden, sobald im Zusammenhang mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder die vollständige Freizügigkeit der Arbeitnehmer dieser Staaten hergestellt wird.

Der EU-Kommission ist das Problem von Wanderungsbewegungen und Zustrom von Arbeitskräften auf die hiesigen Arbeitsmärkte bewußt. Sie gibt sich allerdings viel zu optimistisch und unterschätzt dessen Ausmaß, wenn sie in der „Agenda 2000“ hierzu ausführt:

*„Wie groß diese Effekte sein werden, läßt sich nur schwer abschätzen: Der weithin erwartete massive Zustrom von Arbeitskräften aus Griechenland, Spanien und Portugal nach dem Beitritt dieser Länder ist in Wirklichkeit niemals eingetreten. Im Falle der derzeitigen Beitrittskandidaten mag die Größe des Lohngefälles die*

*Wahrscheinlichkeit, daß es tatsächlich zu solchen Wanderbewegungen kommt, vergrößern, auch wenn andererseits diese Migrationen bis zu einem gewissen Grade durch die erwartete relative Verbesserung der Wirtschaftslage in den beitragswilligen Ländern und die ungewissen Beschäftigungsaussichten im Westen begrenzt werden könnten.“*

Angesichts der historischen Dimension der bevorstehenden Erweiterung der EU muß die Frage der Freizügigkeit in den Länderberichten der Kommission eine größere Rolle spielen.

### Die Ausgangslage stellt sich folgendermaßen dar:

- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin schätzt die Zahl der Arbeitskräfte, die nach einer EU-Erweiterung aus Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei und Slowenien jährlich und auf absehbare Zeit in die jetzigen Mitgliedstaaten drängen könnten, auf 340 000 bis 680 000 Menschen.

- Deutschland hat 1996 42 % der gesamten Zuwanderung in die EU (303 200 zu insgesamt 727 700) aufgenommen, während der Bevölkerungsanteil Deutschlands an der EU nur 22 % betrug. Seit 1988 bis 1996 sind netto 5,075 Mio. Menschen durch Zuwanderung aus dem Ausland nach Deutschland gekommen. Diese Zuwanderung hat zu den heutigen Arbeitsmarktproblemen erheblich beigetragen.

- Die Beitrittskandidaten zeichnen sich durch ein gravierendes soziales und wirtschaftliches Gefälle nicht nur untereinander, sondern besonders im Verhältnis zur EU aus. So beträgt etwa das Lohngefälle zwischen Deutschland und Polen 10 : 1.

- Die Beitrittskandidaten befinden sich im Gegensatz zur letzten Erweiterungsrunde immer noch in einem umfassenden Umbau ihrer Volkswirtschaften hin zu einer (sozialen) Marktwirtschaft, gekennzeichnet

durch einen gewaltigen Strukturwandel mit hoher Arbeitslosigkeit und einem Umbzw. Wiederaufbau der Sozialsysteme.

- Der noch nicht abgeschlossene Transformationsprozeß in allen MOE-Staaten birgt das Risiko eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit, wobei der hohe Anteil jugendlicher Arbeitsloser unter 25 Jahren und Langzeitarbeitsloser zu einer Verstärkung des Migrationsdrucks führen kann.

- Die Erfahrungen der spanisch-portugiesischen Erweiterungsrunde aus dem Jahr 1978 zeigen, daß die Überwindung des Wohlstandsgefälles ein sehr langwieriger Prozeß ist. Dies gilt für die MOE-Staaten noch verstärkt. Die Bruttoinlandsproduktionen pro Einwohner liegen in Slowenien bei 59 %, in der Tschechischen Republik bei 57 %, in Ungarn bei 37 %, in Polen bei 31 % und in Estland bei nur 22 % des EU-Durchschnitts. (Deutschland liegt bei 110 % des EU-Durchschnitts) (Quelle: Eurostat, Wirtschaft und Finanzen 1997, Nr. 29)

**5** Es bleibt dabei: Die Osterweiterung der Europäischen Union liegt im gesamteuropäischen und im deutschen Interesse. Was dabei die volle Freizügigkeit anbelangt, so kann diese erst nach Ablauf von langen Übergangsfristen hergestellt werden. Die Dauer dieser Übergangsfristen muß ein wichtiges Element der Beitrittsverhandlungen sein und mit jedem Beitrittsstaat einzeln vereinbart werden. Sie wird vor allem von der wirtschaftlichen und sozialen Situation sowie der Lage auf dem Arbeitsmarkt sowohl in den Beitrittsstaaten als auch in den EU-Mitgliedstaaten abhängen.

Verglichen mit der Beitrittssituation von 1978, als Spanien und Portugal Übergangsfristen von 7 Jahren für die Freizügigkeit eingeräumt wurden, steht die aktuelle Beitrittsrunde unter erheblich schwierigeren Rahmenbedingungen. Deswegen sind deutlich längere Übergangsfristen unbedingt geboten. ■

# HDO vor der Pleite – Clements roter Händedruck

„Revier-Hollywood mit Stasi-Star“, „Dunkle Wolken über Clements Prestigeobjekt“ oder „Hollywood in Rot“ – so lauteten in den vergangenen Tagen die Feststellungen Ihrer Journalistinnenkollegen über den Themenkomplex unseres heutigen Pressegesprächs. Wenn man die Erkenntnisse der vergangenen Tage resümiert, dann ist es schon unglaublich, was sich zwischen Düsseldorf und Oberhausen abgespielt hat und auch heute noch abspielt.

Das Vorzeigeejekt des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen, die Betriebsgesellschaft der HDO – die „HDO Atelier Betriebsgesellschaft für neue Film- und Videoproduktionstechniken“ (HDA) steht vor der Pleite – und kann nur durch weitere fünf Millionen Mark, abgesichert durch eine Landesbürgschaft, gerettet werden. Über 100 Millionen Mark Wirtschaftsförderungsgelder hat sich Herr Clement sein „Hollywood“ im Ruhrgebiet kosten lassen. Davon sind offensichtlich auch zumindest Teilschmelzen durch die Hände von Stasi, SED/PDS-Bonzen und deren Helfershelfer geflossen.

Über 100 Millionen Mark, die in ein Projekt geflossen sind, das ursprünglich knapp 200 Arbeitsplätze schaffen sollte. Das Ergebnis ist äußerst mager: Es sind bis zum heutigen Tag mit dieser enormen finanziellen Hilfe des Landes nur 25 feste Arbeitsplätze entstanden. Es kann nicht angehen, daß Millionen Steuergelder, die dann für mittelständische Wirtschaftsförderungsmittel fehlen, in Medienprestigeprojekte von Herrn Clement gesteckt werden. In Nordrhein-Westfalen gibt es eine riesige

Selbständigenlücke. Im Vergleich zum Durchschnitt der alten Bundesländer fehlen mehr als 80.000 Betriebe – das sind 300.000 bis 400.000 Arbeitsplätze, die dort entstehen könnten. Existenzgründer, kleine und mittelständische Betriebe müssen im Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung des Landes stehen, damit neue und zukunftsichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Investitionen des Landes in neue Gewerbegebiete sowie stärkere finanzielle Unterstützung für kleine Unternehmensgründungen sind die besseren Alternativen zu nicht ausgelasteten Medienobjekten,

**Aus dem Pressegespräch  
mit dem wirtschaftspolitischen  
Sprecher und stellvertretenden  
Vorsitzenden der  
CDU-Landtagsfraktion,  
Laurenz Meyer, am 15. Juli**

die viel kosten, aber – wie in Oberhausen bewiesen – immer weiter subventioniert werden müssen.

Erst knapp zwei Monate nach seinem Amtsantritt hat Herr Clement so neben der Diskussion über die politisch falsche Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium, dem angekündigten Umzug der Staatskanzlei in das Stadttor ohne Mietvertrag und der aufreibenden Arbeit in seiner rot-grünen Streitkoalition das nächste Problem „am Hals“. Doch dieses Mal kann er sich nicht rausreden: Wolfgang Clement trägt alleine die Verantwortung für den „dunkelroten Sumpf“ zwischen Düsseldorf und Oberhausen. Als Medien-

verantwortlicher der Landesregierung zunächst in der Staatskanzlei und im Wirtschaftsministerium und schließlich als neuer NRW-Ministerpräsident war er stets der Verhandlungspartner für die HDO. Über 100 Millionen Mark flossen auf Geheiß von Clement nach Oberhausen – trotz aller offensichtlichen Verstrickungen von Stasi- und SED/PDS-Bonzen in die HDO-Betreibergesellschaft „HDA“. Clement handelte nicht, sondern probte wider besseres Wissen den Schulteranschlag mit ehemaligen und heutigen Stasi- und SED/PDS-Freunden.

Offenbar wird gerade ein gigantischer Vertuschungsversuch in der Clementschen Wirtschaftsförderung aufgedeckt.

Zwei Hauptpunkte, die für die CDU-Landtagsfraktion augenblicklich den höchsten Klärungsbedarf aufweisen, möchte ich Ihnen in diesem Pressegespräch näher erläutern:

## **1. Was ging in der HDA nicht mit rechten Dingen zu?**

Die Anzeichen mehren sich, daß in der HDO-Betreibergesellschaft „HDA“ offensichtlich nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „C & L“ sieht sich aufgrund zahlreicher Unregelmäßigkeiten und Unklarheiten außerstande, den Schlußverwendungsnachweis über den ordnungsgemäßen Einsatz von mehr als 100 Millionen Mark Fördergeldern zu erteilen.

So wurde u. a. ein Beratervertrag, über den rund 4,4 Millionen Mark abgerechnet wurden, zwischen der EMG und dem für den Bau des Technologiezentrums zuständigen Generalunternehmer Phillips abgeschlossen, obwohl die städtische Besitzgesellschaft des Zentrums (HDT) diese Tätigkeit der HDA bereits mit rund sieben Millionen Mark bezahlt haben soll. Die HDA überwies der EMG-Forschungsgesellschaft pauschal 300.000 Mark pro Jahr

für die Buchführung, und die EMG-Holding-AG erhielt monatlich pauschal 4.000 Mark für Rechtsberatungsaufgaben von der HDA. Angewiesen wurde das Geld in diesem Fall von dem damaligen HDA- und EMG-Holding-AG-Geschäftsführer in Personalunion: Wolfgang Wenzel!

Immer undeutlicher wird der Fluß der Fördermittel, und es verdichten sich die Hinweise, daß man im Fall der HDA möglicherweise von Subventionsbetrug reden muß. Gelder verschwinden in dunklen Pfaden, und undurchsichtige Gestalten aus dem Dunstkreis des Stasi und der SED/PDS machen Geschäfte mit der HDA, lassen sich von ihr als Geschäftsführer oder Prokurist fürstlich entlohnen oder haben bei Mehrheitsgesellschaftern das Sagen.

Nachdem die HDA jetzt offensichtlich kurz vor der Pleite steht, soll nun – trotz aller bekannten SED/PDS-Verstrickungen – eine Fünf-Millionen-Mark-Bürgschaft des Landes NRW die vorübergehende Liquidität des Unternehmens sicherstellen. Außerdem wird der augenblickliche Auftrag zur Bearbeitung des Emmerich-Streifens „The 13th Floor“ zusätzlich noch mit vier Millionen Mark von der „NRW-Filmstiftung“ gefördert. Das Land NRW pumpt auf diesem Weg weitere Fördermittel in das Oberhausener Unternehmen.

Das ist ein Faß ohne Boden, und Wolfgang Clement stellt mit diesem Handeln wieder einmal die typische sozialdemokratische Krankheit der „Subventionitis“ unter Beweis. Es erfüllt sich die Warnung des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Fernsehproduzenten, Günter Rohrbach, an die Adresse Wolfgang Clements: „Wer eine technische Überkapazität subventioniert, der muß im Zweifel auch die Filme subventionieren, die diese Technik auslasten“ (Focus 25/1998)!

Es drängen sich für uns zahlreiche Fragen auf, die wir von der Landesregierung und

Ministerpräsident Clement geklärt haben wollen:

● Warum zahlte Clement 1995/96 rund 50 Millionen Mark Fördermittel aus, obwohl er zu diesem Zeitpunkt definitiv von den SED/PDS-Verstrickungen in Oberhausen wußte?

● Welche Unregelmäßigkeiten traten bei der Verwendung der Fördermittel in der HDO und HDA auf? Wieviel Geld floß in die Kanäle der SED/PDS-unterwanderten EMG und deren verwandten Gesellschaften?

● Was hat das Land NRW getan, um die rechtmäßige Verwendung der Mittel sicherzustellen und Unregelmäßigkeiten zu verhindern?

● Warum schaltet das Land NRW für ein privates Unternehmen eine Beraterfirma ein, und wer trägt die Kosten für dieses Verfahren?

## 2. Was ist mit den Geschäftsanteilen der HDA?

Wem gehören eigentlich die Anteile an der HDA? Die Wege der Gesellschafter scheinen unergründlich:

● Clements Regierungssprecher Buchow behauptete gegenüber der Presse, daß die EMG bereits 1995 aus der HDA ausgeschieden ist.

● In einem Schreiben an das Amtsgericht Oberhausen bestätigen die HDA-Geschäftsführer Johannes Herbst und Brigitte Peitz auf Anfrage am 8. Januar 1997, daß die EMG noch am 1. Januar 1996 achtzigprozentiger Gesellschafter an der HDA war.

● Die „Welt am Sonntag“ schreibt, daß die EMG ihre Anteile per notariellem Vertrag erst am 13. November 1996 verkauft hat und

● Oberhausens Oberbürgermeister Burkhard Drescher (SPD) schreibt an den örtlichen CDU-Ratsfraktionsvorsitzenden am

6. Juli 1998, daß die EMG kurz vor Fertigstellung des Technologiezentrums „auf Grundlage eines Aufsichtsratsbeschlusses vom 5. Februar 1997“ aus der Betreiber-gesellschaft ausgeschieden ist.

● Die EMG verkündet derweil in der vergangenen Woche in Berlin den Verkauf ihrer Anteile an die New Yorker Medienbeteiligungsgesellschaft „New Street Advisors“.

Vor dem Landgericht Duisburg wird heute entschieden, ob Ex-Prokurist Michael Mäde wieder seinen Stuhl in der HDA einnehmen darf, und vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf ist ein Gerichtsverfahren um die strittigen Anteile zwischen der EMG und der CineMagic anhängig, nachdem das Landgericht Düsseldorf in erster Instanz den EMG-Rücktritt von den Kaufverträgen mit der CineMagic bereits für rechtmäßig erklärt hat.

Auch die Landesregierung verhandelt offenbar mit demselben amerikanischen Investor. Jetzt gilt es zu verhindern, daß die SED/PDS-Freunde in der EMG auch noch mit 2,8 Millionen Mark Verkaufserlösen Masse machen und sich verabschieden, ehe alle Hintergründe in dem Oberhausener Skandal aufgedeckt worden sind. Es darf auf keinen Fall etwa gar mit Hilfe der Landesregierung aus dem „dunkelroten Händedruck“ auch noch ein „goldener Handschlag“ werden.

## 3. Kein Wort bisher gesagt, das Parlament getäuscht

Bis zum heutigen Tage hat Ministerpräsident Clement als Hauptverantwortlicher für den „HDO-Skandal“ kein Wort zu den Hintergründen und Erkenntnissen im HDO-Skandal gesagt. Clement hat trotz mehrerer Kleiner Anfragen der CDU zum Thema HDO das Parlament getäuscht, weil er über die ihm bekannten Verstrickungen mit der Stasi und SED/PDS nicht informiert hat.

# Argumente

## Die Motive der Rechtswähler am Beispiel Sachsen-Anhalt

**D**er Sprung der DVU mit 12,9 Prozent oder 192.086 Stimmen über die Fünf-Prozent-Klausel bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. April ist kein isoliertes Ereignis. Seit den späten 80er Jahren können rechtsextreme Parteien immer wieder regionale Wahlerfolge verzeichnen.

### Republikaner (REP):

- 1989 Berlin: 7,5 %
- 1989 Europa: 7,1 %
- 1992 Baden-Württemberg: 10,9 %
- 1996 Baden-Württemberg: 9,1 %

### Deutsche Volksunion (DVU):

- 1991 Bremen: 6,2 %
- 1992 Schleswig-Holstein: 6,3 %
- 1997 Hamburg: 4,7 %.

**Kennzeichnend** für das Sympathisanten- und Wählerpotential rechtsextremer Parteien:

- kurzfristige Mobilisierbarkeit,
- große Instabilität und
- starke Fluktuation.

### In den neuen Bundesländern

sind Parteiloyalitäten insgesamt nur schwach ausgeprägt. Abgesehen von der PDS kann sich keine Partei auf größere Stammwählerschaften stützen. Wahlen können dort deshalb überraschend verloren, aber ebenso überraschend gewonnen werden.

**Infratest:** 20 % der Wähler haben ihre Entscheidung erst am Wahltag in Sachsen-Anhalt gefällt, weitere 10 % während der letzten Tage vor dem 24.

April und 45 % wenige Wochen oder längere Zeit davor.

**Das heißt:** Zwei Drittel der Wähler haben ihre Wahlentscheidung unter dem Einfluß von Gesichtspunkten ganz aktueller Tagespolitik getroffen.

Genau davon hat innerhalb von wenigen Tagen vor der Wahl mit Hilfe einer massiven und gezielten direct-mail-Kampagne die DVU profitiert.

### Worauf beruht der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt im einzelnen?

#### DIE HOCHBURGEN:

Entgegen Vermutungen nicht die stark verdichteten Plattenbaugebiete der Großstädte, sondern Gebiete mit mittlerer Bevölkerungs- und Wohndichte:

- nicht Magdeburg, Halle oder Dessau,
- sondern das Umfeld von Halle und Bitterfeld mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit.

Am schwächsten schnitt die DVU in den ländlichen Gebieten des Nordens des Landes und in Teilen von Magdeburg ab.

#### DIE WÄHLERSCHAFT:

- In den Wahlkreisen mit der am stärksten gestiegenen Wahlbeteiligung erreichte die DVU fast 15 %. Insgesamt entschieden sich ca. 102.000 ehemalige Nichtwähler für die DVU, deutlich mehr als für irgendeine andere Partei.

● Großer Erfolg bei den Jung- und Erstwählern: 29 % der 18- bis 21jährigen haben für die DVU gestimmt.

● In den Wahlkreisen mit den höchsten Verlusten von CDU und SPD schneidet die DVU deutlich besser ab als im Landesdurchschnitt. Die Wanderungsbilanz von Infratest dimap: 26.000 ehemalige CDU-Wähler, 12.000 ehemalige SPD-Wähler, 11.000 ehemalige PDS-Wähler.

**Die Erststimmen-Analyse** weist ebenfalls auf die heterogene Zusammensetzung der DVU-Wähler hin:

- für den CDU-Kandidaten 20 %,
- für den SPD-Kandidaten 22 %,
- für den PDS-Kandidaten 23 %.

## DIE MOTIVE:

Die DVU profitierte von einem Meinungsklima, in dem pessimistische Einstellungen dominierten. Sie erzielte eine außerordentlich starke Mobilisierung bei Nichtwählern durch einen Wahlkampf, der auf Protest abzielte.

Dieser Protest ist überwiegend „unpolitisch“ und hat Ventilfunktion, wie es sich besonders gut an Europawahlen ableben lässt, bei denen regelmäßig Protestparteien mit „unvernünftigen“ Politikangeboten beachtliche Erfolge erzielen.

Begleitumstand des Protests: extrem hohe Wechselbereitschaft.

**Wichtig:** Der Protest in Sachsen-Anhalt war wirtschaftlich, keineswegs aber ideologisch motiviert und: Reaktion auf die hohe Arbeitslosigkeit.

Mit anderen Worten: Den Wählern ging es nicht um die Unterstützung einer rechtsextremen Partei, sondern darum, ein Signal gegen „die da oben“ zu setzen. Die Ziele der DVU blieben den meisten Wählern weitgehend unbekannt. Die besondere Eignung der DVU für den Protest: Sie war die einzige Partei, die weder im Bund noch im Land an der Regierung beteiligt war.

Zum Einstellungsprofil der Rechtswähler: Sie trauen den Parteien die Lösung wichtiger Probleme nicht mehr zu, sie ordnen sich im unteren Bereich der Gesellschaft ein und zählen sich zu den „Vereinigungsverlierern“.

Infratest stellt Übereinstimmungen zwischen DVU- und PDS-Wählerschaft fest: Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Wiedervereinigung und mit dem Funktionieren der Demokratie.

## SOZIALSTRUKTUR:

Die DVU findet den stärksten Zuspruch bei jungen Männern und hat ihren schwächsten Rückhalt bei älteren Frauen.

Ihre Wahlerfolge holte die DVU vor allem bei der mittleren Bildungsgruppe, bei Arbeitern, Auszubildenden und Arbeitslosen. Konfessionslosigkeit ist ebenfalls ein auffälliges Merkmal ihrer Wählerschaft.

Die eigentliche Besonderheit des Wahlerfolgs der DVU in Sachsen-Anhalt: der mit 29 Prozent sehr hohe Anteil an Erstwählern.

**Nach einem Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung – Bereich Forschung und Beratung – von Viola Neu und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf**

# Aufbau Ost

**Schröder:** „Wir müssen verhindern, daß DDR-Bürger über Gebühr Leistungen in Anspruch nehmen, für die Bundesbürger Beiträge geleistet haben, also z.B. Renten und Arbeitslosenversicherung. Geklärt werden muß auch, inwieweit junge Menschen die in der DDR wohnen und bei uns studieren wollen, BAföG-Unterstützung bekommen.“ (Express, 27. Januar 1990)

Es entstehe die „absurde Situation“, so Schröder, „daß die Bundesregierung das Geld, das von westdeutschen Firmen verdient wird, dazu verwendet, um in Ostdeutschland Konkurrenz aufzubauen“. (ddp, 15. September 1993)

Vor SPD-Lokalpolitikern sagte Schröder: „Wir können die ja schließlich nicht an Polen abtreten.“ Weiter heißt es, der Aufbau Ost dürfe nicht zum „Abbruch West“ werden. (Leipziger Volkszeitung, 15. Januar 1996)

**E**rst wollte Schröder die Deutsche Einheit nicht, heute läuft er dem Aufbau Ost mit abstrusen Aussagen hinterher.

## Schröders Sprüche:

**Schröder fordert** eine Zentralstelle Zukunft Ost, um die neuen Länder in Vormundschaft zu nehmen. Erst will er den Menschen soziale Sicherheit versagen, dann will er sie wie früher bevormunden.

**Erst will Schröder** den Bürgern in den neuen Bundesländern die D-Mark vorenthalten, dann verweigert er ihnen seine Solidarität beim Aufbau Ost.

**Schröder redet** die Leistungen der Menschen in den neuen Bundesländern herunter. Seine „Neuorientierung“ verweigert den Menschen die Anerkennung für ihre große Leistung der letzten Jahre.

## Tatsache ist:

**Die Menschen** haben genug von zentralgeplanter Mißwirtschaft. Sie wollen keine Bevormundung. Sie bauen zu Recht auf Solidarität und föderale Wirtschaftsentwicklung.

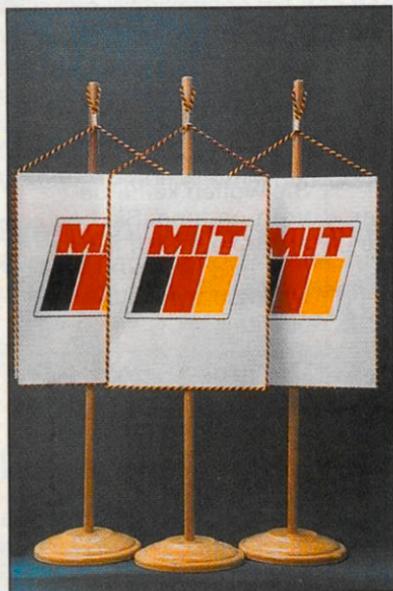
**Der große Erfolg** der Menschen kann nicht bestritten werden: Die Industrie ist im Aufwind. Die Investitionen liegen deutlich höher als in den alten Bundesländern. 510.000 mittelständische Unternehmen beschäftigen heute 3,2 Millionen Arbeitnehmer. Die modernste Infrastruktur weltweit entsteht.

**Die friedliche Überwindung** der SED-Herrschaft ist in erster Linie der Erfolg der Menschen in den neuen Bundesländern. Er findet weltweit Anerkennung. Die Menschen in den neuen Bundesländern können auf diese historische Leistung stolz sein.

**Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit und des Aufbaus – Schröder der Verweigerer der Einheit und des Aufbaus**

# CDU

# Für Ihre Veranstaltung – für Ihren Wahlkampf



Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

**Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung  
der CDU/CSU • Heussallee 40 • 53113 Bonn  
per Fax (02 28) 9 15 28-22**

Ort/Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Absender: \_\_\_\_\_



Artikel	Bestellmenge	Preis (DM)
MIT-Luftballon	<input type="checkbox"/>	0,17
MIT-Autoaufkleber	<input type="checkbox"/>	0,20
MIT-Kugelschreiber	<input type="checkbox"/>	0,30
MIT-Feuerzeug	<input type="checkbox"/>	0,90
MIT-Anstecknadel	<input type="checkbox"/>	0,90
MIT-Baumwolltragetasche	<input type="checkbox"/>	1,55
MIT-Großaufkleber	<input type="checkbox"/>	3,-
MIT-Tischbanner	<input type="checkbox"/>	22,-
MIT-Transparent 120 cm x 120 cm	<input type="checkbox"/>	31,-
MIT-Sonnenschirm	<input type="checkbox"/>	115,-
MIT-Banner mit Sturmsicherung 400 cm x 150 cm	<input type="checkbox"/>	170,-

## zu Ihrer Information

MIT-Hißflagge 400 cm x 150 cm	<input type="checkbox"/>	150,-
Ehrenurkunde neutral	<input type="checkbox"/>	5,-
Kreishrennnadel mit Urkunde (nur für Kreis- verbände)	<input type="checkbox"/>	15,-
Silberne Ehrennadel mit Urkunde (nur für Landesverbände)	<input type="checkbox"/>	20,-
Faltblatt Mittelstand sichert unsere Freiheit, 100 Expl.	<input type="checkbox"/>	10,-
Faltblatt Zahlungssicherungs- programm, 100 Expl.	<input type="checkbox"/>	10,-
Faltblatt Sicherheit für den Mittelstand, 100 Expl.	<input type="checkbox"/>	10,-
Mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze für Ostdeutschland, 100 Expl.	<input type="checkbox"/>	10,-
Faltblatt Wege in die Existenz- gründung	<input type="checkbox"/>	0,20
Faltblatt Selbständigkeit für alle	<input type="checkbox"/>	0,30
Faltblatt Bildungspolitik	<input type="checkbox"/>	0,30
Broschüre Mittelstand 2000	<input type="checkbox"/>	2,60
Broschüre Rot-Grüne Wirtschafts-/ Sozialpolitik	<input type="checkbox"/>	1,65
Broschüre Schattenwirtschaft	<input type="checkbox"/>	1,05

Mindestabnahme 20 Stück bzw. Mindestbestellwert 20,- DM. Die angegebenen Preise sind Nettopreise, zzgl. Versandkosten



## Unsere aktuellen Falblätter im Überblick:

- 2369 Das bringt uns die Europäische Union
- 2372 Unsere Bundeswehr – Einsatz für Frieden und Freiheit
- 2373 Sicherheit für die Zukunft
- 2374 Politik für Frauen
- 2375 Zukunftschancen für Familien sichern
- 2376 Handeln für mehr Sicherheit – Kriminalität entschlossen bekämpfen
- 2378 Bildung für die Zukunft
- 2379 Erfolgreiche Sportpolitik der CDU
- 2380 Landwirtschaft
- 2381 Für eine moderne Innovationspolitik
- 2382 Standort Deutschland, modern-attraktiv-zukunftssicher
- 2383 Gesundheitspolitik
- 2384 Solide Finanzen – Niedrige Steuern
- 2385 Mittelstand – Für eine neue Kultur der Selbständigkeit
- 2386 Senioren
- 2387 Aufschwung Ost
- 2388 Umwelt und Energie
- 2389 Soziale Sicherheit
- 2390 Arbeitsmarkt
- 2391 Ausbildung/Berufliche Bildung
- 2362 Sieben gute Gründe für die CDU
- 2465 Damit das Land nicht rot wird
- 2441 Das ist nur mit der CDU zu haben – Argumente zur Bundestagswahl 1998

Verpackungseinheit: jeweils 100 Expl.  
Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

**Spielplan 98/99**  
Hinrunde

**1. & 2. Fußball-Bundesliga**

**CDU**  
immer am Ball

### ● Bundesliga-Spielplan für die 1. und 2. Bundesliga

Rechtzeitig zum Start der Bundesliga-Saison 98/99 ist der Falplan mit allen Spielen über unser Versandzentrum erhältlich. Der Plan enthält alle Spiele mit übersichtlichen Tabellen zum Eintragen der Ergebnisse.

Bestell-Nr.: 2487

Verpackungseinheit: 250 Expl.

Preis je 250 Expl.: 47,- DM

**Achtung unser Versandzentrum ist umgezogen! Die neue Anschrift:**

IS-Versandzentrum · Postfach 14 65  
59306 Ennigerloh · Fax (0 25 24) 91 13 10  
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de



● T-Shirt „Smilie“

Preis je Expl.: 12,- DM

Farbe: **schwarz**

Bestell-Nr.:

- 9443 Größe S
- 9444 Größe M
- 9445 Größe L
- 9446 Größe XL
- 9447 Größe XXL

Farbe: **weiß**

Bestell-Nr.:

- 9481 Größe S
- 9482 Größe M
- 9483 Größe L
- 9484 Größe XL
- 9485 Größe XXL



● Damit das Land nicht rot wird, Faltblatt

Bestell-Nr.: **2465**

Verpackungseinheit:  
100 Expl.  
Preis je 100  
Expl.: 20,- DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.



● **Politisches Lexikon**  
CD-ROM

Bestell-Nr.: 9368

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 10,- DM

# UiD

24 / 1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**  
**halt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg  
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon:  
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**  
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113  
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.  
**Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-  
fittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.  
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM.  
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.